

DER FELS

Dekan Alois Möstl:
Den Glauben weitergeben:
neue Wege wagen

196

Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga:
„Ohne Familien fehlt uns die Grundlage“

200

Prof. Dr. Lothar Roos:
Die Politiker stellen die Weichen

206

Katholisches Wort in die Zeit

40. Jahr Juli 2009



Benedikt – Erneuerer Europas

INHALT

Der Pfarrer von Ars ist das Vorbild... 195

Dekan Alois Möstl:
Den Glauben weitergeben:
neue Wege wagen 196

Ein Gespräch mit Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga:
„Ohne Familien fehlt uns
die Grundlage“ 200

Martine Liminski:
Ist Frankreich ein Vorbild
in der Familienpolitik? 202

Prof. Dr. Lothar Roos:
Die Politiker stellen die Weichen 206

Dr. Eduard Werner:
Er hat gewarnt, „hart genug und klar“ .. 211

Nathanael Liminski:
„Europa hat gewählt“ 212

Raymund Fobes:
Seit 25 Jahren eine Gemeinschaft
für die Kirche 214

Prof. Dr. Hubert Gindert:
Das Trauerspiel ZDK 216

Auf dem Prüfstand 218

Zeit im Spektrum..... 219

Bücher 221

Leserbriefe..... 222

Veranstaltungen..... 223

Impressum „Der Fels“ Juli 2009 Seite 223
Redaktionsschluss ist jew. der 5. des Vormonats

Titelbild: Benedictus

Benedictus, Eine Kulturgeschichte des Abendlandes,
Weber-Verlag, Titelblatt

Fotos: 195 PUR-spezial, S. 12; 197, 198, 199 Möstl;
200, 201 Kirche in Not; 206, 210 R. Gindert; 207
www.noelle-neumann.de; 208 Archiv; 212, 213 Li-
minski; 215 Fobes; 212, 213 Nathanael Liminski; 216
KNA-Bild

Quelle S. 224: P. Leo Kuchar: Den Radar unterfliegen,
Herausgeber: Eucharistischer Gebetskreis, Wien

Liebe Leser,

Am zweiten Tag auf seiner Pilgerreise ins Heilige Land kam Papst Benedikt XVI. zum Berg Nebo. Von dort aus schaute Moses vor mehr als 3000 Jahren über den Jordan auf das gelobte Land. Er stand am Ende seiner irdischen Pilgerschaft, und er wusste, dass er dieses Land nicht mehr betreten würde.

40 Jahre war Moses mit dem Volk Israels unterwegs gewesen. Die Israeliten folgten ihm dabei eher widerwillig und störrisch. Kaum hatten sie die ägyptische Knechtschaft hinter sich gelassen, murrten sie gegen Moses. Wiederholt wollten sie zu den ägyptischen Fleischtöpfen zurück, wenn die Nahrung knapp wurde und das Wasser ausging. Die Freiheit eines „auserwählten Volkes“ wurde ihnen lästig. Sie wollten „normal“ sein und wie die Völker um sie herum leben. Kein Grund, um mit dem Finger auf sie zu zeigen.

Die meisten Christen wollen auch „wie alle“ leben. Sie empfinden ihre Taufe nicht als Geschenk oder Berufung und die Firmung nicht als Verpflichtung, für den Glauben Zeugnis abzulegen. Den meisten (ca. 85%) ist die Begegnung mit Gott in der sonntäglichen Eucharistiefeier bereits zuviel. Medienleute, selbst solche im kirchlichen Dienst, wollen für „professionelle“ Arbeit, anerkannt werden, nicht aber „fünfte Kolonne des Vatikans“ sein. Der größte Medienprofi der Kirche, der Völkerapostel Paulus, wollte dagegen nichts anderes verkünden als Christus, und zwar als den Gekreuzigten. Als im Mai ein hochkarätig besetzter wissenschaftlicher Kongress über „Identität“ stattfand, gegen den die Homosexuellen-Verbände, Jusos und Politiker der Grünen wochenlang Sturm liefen, berichtete die katholische Nachrichtenagentur (KNA) kein Wort darüber. Das wäre gegen die politische Korrektheit gewesen. Als die Israeliten auf ihrem Weg am Berg Sinai angekommen waren, bekamen sie von Gott die

Zehn Gebote. Das sind Schutzbestimmungen für die Menschen, wenn wir von den ersten zwei Geboten absehen. Die Zusicherung der Israelis: „Alles was der Herr sagt, wollen wir tun“ (Gen. 19,8) hielt nicht lange an. Als Moses wieder auf den Berg gegangen war, machten sie sich ein „goldenes Kalb“ und brachten ihm Opfer dar (Deut 32,5). Schlimm ist, dass selbst der Hohepriester Aaron dem Verlangen nachgab. Auch das ist kein Grund, uns über die Israeliten zu erheben. Die Gebote Gottes werden auch bei uns, z.B. bei der Abtreibung, aber nicht nur dort, relativiert. Und, wenn der Papst das Wort Gottes auslegt, wie bei Humane Vitae, wird es unterlaufen. Verbindliche Lehraussagen werden vom Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) zurückgewiesen und von einigen Theologen uminterpretiert.

Pilger sein ist der Zustand des Gottesvolkes. Benedikt XVI. sieht darin das Gleichnis unseres Lebens: „Nebo ist eine Stätte von starker symbolischer Bedeutung: sie spricht von unserem Zustand als Pilger zwischen einem ‚schon‘ und einem ‚noch nicht‘, zwischen einer so großen und schönen Verheißung, die uns auf unserem Weg aufrechterhält, und einer Erfüllung, die uns und auch diese Welt übersteigt ... Wir wissen, dass wir, wie Moses, in unserem Leben nicht die ganze Erfüllung des göttlichen Plans sehen werden. Wir vertrauen trotzdem darauf, dass wir beitragen, die Wege des Herrn vorzubereiten, „wenn wir das wenige, in Treue zu unserer Berufung, von unserer Seite tun“. Das ist verheißungsvoll. Es ist eine realistische Vision. Sie gibt unserem Leben Sinn und Zukunft.



Mit den
besten Wünschen
aus Kaufering
Ihr Hubert Gindert

Der Pfarrer von Ars ist das Vorbild

Papst Benedikt XVI. hat am 19. Juni anlässlich des 150. Todestages des heiligen Pfarrers von Ars, Jean-Baptiste Marie Vianney, ein weltweites Priesterjahr zur geistlichen Erneuerung ausgerufen. Der 19. Juni ist das Fest des heiligsten Herzens Jesu und der Welttag des Gebetes für die Heiligung der Priester.

Zum Zeitpunkt der Redaktionssitzung lag das Schreiben des Heiligen Vaters Papst Benedikt XVI. noch nicht vor. Wir werden in der nächsten Ausgabe des „Fels“ näher darauf eingehen. Hier bringen wir einige Stellen über das Priestertum aus dem Katechismus der Katholischen Kirche, Kompendium

Warum wird dieses Sakrament Weihe („Ordination“, ordo) genannt?

Die Weihe ist das Sakrament, durch das die Sendung, die Christus seinen Aposteln anvertraut hat, in der Kirche weiterhin bis zum Ende der Zeiten ausgeübt wird. 322

Welche Wirkung hat die Priesterweihe?

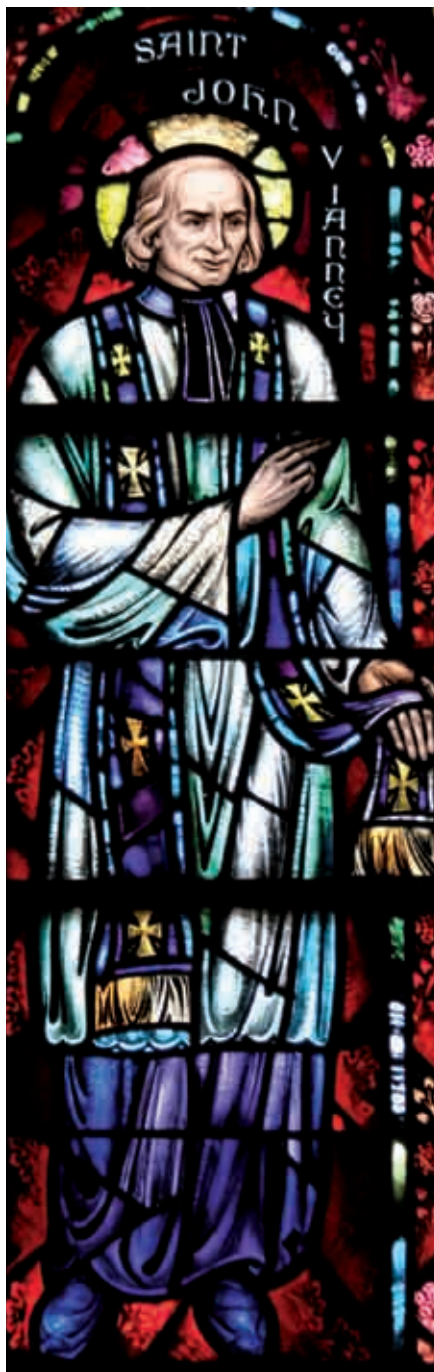
Die Salbung des Geistes prägt dem Priester ein unauslöschliches geistliches Siegel ein, macht ihn Christus, dem Priester, gleichförmig und befähigt ihn, im Namen Christi, des Hauptes zu handeln. Als Mitarbeiter des bischöflichen Standes ist er geweiht, um das Evangelium zu predigen, um den Gottesdienst zu feiern, vor allem die Eucharistie, aus der sein Dienst Kraft schöpft, und um der Hirt der Gläubigen zu sein. 328

Wie übt der Priester sein Amt aus?

Obwohl der Priester für eine weltweite Sendung geweiht ist, übt er sein Amt in einer Teilkirche in sakramentaler Brüderlichkeit mit den anderen Priestern aus. Sie bilden das Presbyterium und tragen in Gemeinschaft mit dem Bischof und in Abhängigkeit von ihm die Verantwortung für die Teilkirche. 329

Wer kann dieses Sakrament empfangen?

Die heilige Weihe kann gültig nur ein getaufter Mann empfangen: die Kirche weiß sich gebunden durch diese Wahl die der Herr selbst getroffen hat. Niemand hat einen Anspruch auf den Empfang des Weihesakramentes. Er muss vielmehr von der Autorität der Kirche als für dieses Amt geeignet angesehen werden. 333



PUR spezial: Der heilige Pfarrer von Ars; (2/2009) zu bestellen bei: FE-Medienverlag, Hauptstrasse 22, D-88353 Kisslegg

Wird von dem, der das Weihesakrament empfängt, der Zölibat verlangt?

Für den Episkopat wird der Zölibat immer verlangt. Für den Presbyterat werden in der lateinischen Kirche normalerweise gläubige Männer ausgewählt, die zölibatär leben und den Willen haben, den Zölibat „um des Himmelsreiches willen“ (Mt 19,12) beizubehalten; in den Ostkirchen ist es nicht gestattet nach dem Empfang der Weihe zu heiraten. Zum ständigen Diakonats können auch bereits verheiratete Männer zugelassen werden. 334

Welche Wirkungen hat das Weihesakrament?

Dieses Sakrament schenkt eine besondere Ausgießung des Heiligen Geistes, die den Geweihten – entsprechend der jeweiligen Stufe des Sakramentes – Christus in seinem Amt als Priester, Prophet und König gleichgestaltet. Die Weihe verleiht ein unauslöschliches geistliches Siegel. Darum kann sie weder wiederholt noch auf Zeit gespendet werden. 335

Mit welcher Autorität wird das amtliche Priestertum ausgeübt?

Die geweihten Priester sprechen und handeln bei der Ausübung ihres heiligen Dienstamtes nicht in eigener Autorität und auch nicht aufgrund einer Beauftragung oder Delegation durch die Gemeinschaft, sondern in der Person Christi, des Hauptes, und im Namen der Kirche. Darum unterscheidet sich das Amtspriestertum dem Wesen und nicht bloß dem Grade nach vom gemeinsamen Priestertum der Gläubigen, für dessen Dienst es von Christus eingesetzt wurde. 336



Alois Möstl:

Den Glauben weitergeben:

Eine Stadtmission neuer Art in Regensburg

Prälat Alois Möstl, der Autor dieses Berichtes, ist Stadtdekan und Pfarrer der Pfarrei St. Wolfgang in Regensburg; er war vom Bischof mit der Durchführung der Stadtmission beauftragt.

„Die Stadtmission Regensburg – eine Welle der Begeisterung geht durch die Stadt! Ein voller Erfolg!“ So urteilte die Presse. Das macht andernorts neugierig. Was war das für eine Mission, wie ging sie vonstatten?

Die Kirche kommt zu mir

Anna, 43, Hausfrau und Mutter aus Wien und ein weiterer Missionar (47) klingeln an einer Haustür. Ein Student öffnet. „Guten Morgen, wir kommen von der katholischen Kirche. Herzliche Einladung zu den Veranstaltungen der Stadtmission.“ Nachdem sich der Student vergewissert hat, dass es keine Zeugen Jehovas sind, wird er neugierig. „Dass die Kirche zu mir kommt, freut mich.“ Infos zu einem Musical, einem Beziehungsabend oder einem Jugendevent finden sein Interesse. Anna meint: „Manche Menschen sind dankbar, wenn wir ihnen am Ende des Besuchs anbieten, für sie zu beten. Bei verschlossenen Türen hinterlassen wir einen Türhänger, damit die Bewohner wissen, dass wir da waren. Gestern ist sogar eine ältere Dame zum Seniorencafé gekommen, weil wir sie einen Tag zuvor eingeladen haben“.

Die Kirche kommt zu mir. Das war ein Kernpunkt der Stadtmission in Regensburg. Nicht eine Amtsperson kommt bei einem Seelsorgefall, sondern es kommt jemand wie Du und Ich, einfach so. Es ist die Kirche, die sich auf den Weg macht zu den Menschen, um ihnen dort zu begegnen, wo sie leben, so wie es Jesus getan hat. Er ist auf die Straßen gegangen, zu den

Zäunen, zu denen, die dem Glauben fern sind, die sich weit weg von Gott glauben.

„Von Wegen zu Gott“ war das Motto der Stadtmission Regensburg. Es ist die Einladung an die Menschen in Regensburg, über Gott und den Glauben neu ins Gespräch zu kommen und darüber nachzudenken, welche Rolle Gott überhaupt im eigenen Leben spielt.

Aus Vorbehalten wird Begeisterung

Anknüpfend an den Besuch von Papst Benedikt XVI. in Regensburg im Jahre 2006, der viele Menschen für religiöse Fragen geöffnet hat, sollten durch eine Neuevangelisierung die Bewohner der Bischofsstadt für das Christentum begeistert werden. Schon bald nach dem Papstbesuch rief Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller die Pfarrgemeinden des Stadtdekanats unter Koordination der Gemeinschaft Emmanuel auf, sich auf eine Stadtmission vorzubereiten. Dieser Schritt war mutig und in Deutschland in dieser Größenordnung bisher ohne Beispiel. Die Wege, welche die Stadtmission dabei gehen sollte, sind teils altbewährt – Anbetung, Messe, Morgenlob – teils neu und ungewöhnlich.

Zuerst waren die üblichen Widerstände zu überwinden. Schon der Begriff „Mission“ ruft bei vielen Befremden hervor. Etliche Pfarrgemeinderäte, ja sogar Pfarrer mussten sich erst mit dieser Form von Mission auseinandersetzen. Missionare seien in Afrika unterwegs, aber doch nicht im katholischen Regensburg. Einige gaben sich mit den zurückgehenden Zahlen zufrieden, andere wollten von Neuem nichts wissen oder hatten irgendwie resigniert. Wieder anderen ging dieses offensive Zugehen auf Menschen zu weit. Der Glaube dür-

fe dem anderen nicht aufgezwungen werden. Diese Vorurteile galt es aufzubrechen.

Die erste Hürde war genommen, wo man verstanden hat: Jesus Christus war der erste Missionar, er hat uns Kunde vom Vater gebracht. Auch eine Mutter, die jeden Abend mit ihrem Kind betet und das Kreuzzeichen einübt, ist eine Missionarin. Schließlich haben wir die beste Sache der Welt zu vertreten.

Wichtig war, dass es bei den Vorbereitungen um Menschen geht, nicht nur um Planung, ausgeklügelte Taktik oder Umtriebe. Gott möchte den Menschen begegnen, ihn lieben, einzelnen und persönlich. Barmherzigkeit, Freude, Hoffnung lauten darum die Grundprinzipien.

Diese Mission hatte ein anderes Gesicht

Die drei Ziele der Stadtmission lauteten: Es sollen alle angesprochen werden. Wir möchten möglichst viele Menschen außerhalb der Kirchenmauern erreichen, denn Gott will allen Menschen nahe sein. Wir müssen den Fernstehenden das Gefühl geben: Ihr gehört zu uns.

Ein zweites Vorhaben ist die Erneuerung im Glauben aus der Begegnung mit Christus. Sodann sollten die Sakramente wieder neu entdeckt werden. Sie sind Quellen, ohne sie würden wir verdursten. Schließlich galt es, die Kerngemeinden zu stärken. Wie sehr mühen wir uns in den Verbänden und Vereinen das ganze Jahr über ab, nur selten aber gelingt ein Durchbruch. Es sind immer die Gleichen, die kommen. Resignation kommt auf. Die Stadtmission sollte den Kerngemeinden Mut machen: Es gibt auch Positives! Es kann auch Freude am Glauben entstehen, und zwar Freude ungeahnten Ausmaßes.

Neue Wege wagen

vom 15. - 24. Mai 2009

Und diese Ziele zu erreichen, mussten unsere Vorhaben wasserdicht sein. Was wir anbieten, muss echt und vom Glauben getragen sein. In jeder Pfarrkirche Regensburgs stand schon Monate zuvor eine große Missionskerze, eine kleine Ausgabe davon wanderte von Haus zu Haus und lud zum Gebet für die Stadtmission ein, dabei wurde ein Gedankenbuch herumgereicht, in dem Erwartungen und Hoffnungen für diese Tage geschrieben werden konnten. Die ständige Fürbitte an den Sonntagen in jeder Kirche der Stadt zum guten Gelingen der Mission unterstrich die Bedeutung unseres Anliegens.

Eine gute Planung ist unerlässlich

Eine Mission für eine Großstadt vorzubereiten übersteigt jedes Ehrenamt. Ein hauptamtlicher Koordinator, Christian Haider, dazu ein Sekretär, halten Kontakt zum Dekan und zu allen Pfarrgemeinderäten. Die innere Struktur der Mission sollte in drei Ebenen entfaltet werden. Die wichtigste Ebene bilden die Pfarreien, jeweils fünf wurden zu einer Region zusammengefasst und Vorschläge erarbeitet. Gleichzeitig soll in der Innenstadt eine eigene Form der Glaubensverkündigung stattfinden, die Citymission. Schließlich soll es zentrale Veranstaltungen für ganz Regensburg geben.

Meilensteine auf dem Weg zur Mission

In den zwei Jahren vor der Stadtmission wurden Großaktionen quasi als „Training“ durchgeführt, um die Bevölkerung auf das Ereignis einzustimmen, so die stadtweite Valen-



tinsaktion. Hunderte von Helfern der 24 Regensburger Pfarreien verteilten in den Morgenstunden des 14. Februar 2008 an vielen Orten der Stadt 25.000 „Liebesbriefe von Gott“ – verbunden mit einer Einladung zu einem abendlichen Rendezvous in einer der Stadtpfarrkirchen. Diese Aktion schlug ein und ließ die Öffentlichkeit aufhorchen. Ein eigener Gottesdienst für Verliebte und Paare stieß auf großes Echo, einige Passanten schrieben dem Pfarrer ihrer Kirche sogar einen Antwortbrief und machten dadurch einen neuen Schritt auf die Kirche zu. Diese Aktion fand auch 2009 mit noch mehr Briefen statt, man war gespannt, was „Gott“ diesmal schreiben würde.

Eine weitere Chance, mit den Menschen auf der Straße ins Gespräch zu kommen, wurde am Gedenktag unseres Diözesanpatrons, des Hl. Wolfgang, mit der Wolfgangsmision genutzt. 25.000 kleine „Wolgangsbrote“ mit einem schlichten Kreuz darauf waren am 31. Oktober 2008 an Bushaltestellen, vor den Pfarreien, in der Fußgängerzone an Passanten auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen verteilt. Schon vormittags waren alle Brote vergriffen. Neben dem Wolfgangsbrot befand sich in der kleinen Tüte eine Einladung zu mehreren Veranstaltungen in den verschiedenen umliegenden Pfarreien. Es gab noch weitere Aktionen, so eine lebendige Krippe in der Ad-

ventszeit vor den Einkaufszentren mit einem Wunschzettel ans Christkind. Allmählich wurden auch Fernstehende auf die Stadtmission aufmerksam.

Außerdem wurde ein Jahr zuvor (im Mai 2008) in den Pfarreien St. Wolfgang und in St. Paul eine Pfarrmission mit der Gemeinschaft Emmanuel durchgeführt, um konkrete Erfahrungen für ganz Regensburg zu gewinnen. Diese Pfarrmission wurde zu einem großen Erfolg. Neugierige erhielten einen guten Vorgesmack auf die große Stadtmission ein Jahr später.

Es wird ernst: die Zielgerade

Das 64-seitige Programmheft wurde vor Ostern 2009 in die Haushalte der Stadt ausgetragen und lud zu über 400 größeren und kleineren Veranstaltungen ein, dazu kam eine geschickt eingesetzte Werbung, denn Fernstehende sind weder durch Pfarrbriefe noch durch Kirchenglocken zu erreichen. Die persönliche Einladung der Missionare kam dann noch hinzu.

Die Unterbringung der über 300 angekündigten Missionare, ihre Verpflegung in den Pfarrheimen, die Pressearbeit, der Fahrdienst, die Einrichtung von Regionalbüros und viele Details der Logistik oblagen



den einzelnen Pfarrgemeinden. Wie überall: in den Planungen zeigen unsere Ehrenamtlichen viel Geschick und meistern die Herausforderungen hervorragend.

Die letzte Woche vor dem Start gehörte der Schulmission. Eine Vorhut junger Missionare der Gemeinschaft Emmanuel besuchte die Religionsstunden in den Schulen der Stadt. Mit etwas Verhandlungsgeschick stellte mancher Rektor die Turnhalle für die ganze Schule zur Verfügung. Dort ging es dann zur Sache. Zum ersten Mal erlebten unsere Schüler, wie Gleichaltrige sich offen zum Glauben bekennen. Diese trugen Jeans und Polos wie sie und sprachen ihre Sprache, sie sprachen aber auch von Jesus Christus. Dazwischen sangen sie fetzige Lieder, die alle von den Stühlen rissen. Diese Stunde wog mehr als alle Religionsstunden des Jahres, weil es Zeugnisse gab, Zeugnisse für Christus.

Zehn Tage voller Faszination im Glauben

Eine Journalistin schrieb als Resümee: „Wie soll man auf begrenztem Raum über die zehn Tage Stadtmission schreiben, die angefüllt waren mit Hunderten von Veranstaltungen, die von Zigtausenden von Menschen besucht worden sind? Es scheint kaum möglich, die Aufbruchsstimmung zu

schildern, die sich in diesen Tagen von Mensch zu Mensch übertrug“, so ihr Pressebericht. Zeitweise war die Stimmung auf den Plätzten der Stadt wie auf Weltjugendtagen, jedenfalls war eine Welle der Begeisterung in der Stadt spürbar. Einige Highlights:

Der Empfang der „Amateure“

Die „Missionare“, die im Namen der Kirche nach Regensburg gekommen sind, waren Laien, die sich dafür eine Woche freigenommen haben, keine Profis. Unter ihnen Ehepaare, Rentner, Jugendliche, Familienväter und -mütter, Studenten der Evangelisationsschulen aus Altötting (IME) und aus Rom (ESM), aber auch Ordensmitglieder. Sie kommen aus 15 verschiedenen Ländern und sind zwischen 16 und 80 Jahre alt. Was sie verbindet? Eine von ihnen sagte: „Wir haben eine persönliche Erfahrung der Liebe Gottes gemacht, die wir gemeinsam teilen. Das ist Kirche. Wir laden in dieser Woche andere ein, ebenfalls Gottes Liebe zu begegnen. Mein Mann hat sich Urlaub genommen und passt auf die vier Kinder auf, damit ich hier sein kann.“

Gespräche über den Glauben im Wohnzimmer

Ein Bericht aus einem der vielen Hauskreise in Regensburg, wo

sich jeweils etwa zehn Nachbarn oder Bekannte trafen, zwei junge Missionare kommen dazu: Um den Tisch sitzen eine Frau, die vor fünf Jahren wieder in die Kirche eingetreten ist, zwei atheistische Männer ganz in Schwarz, ein von der Kirche enttäushtes Ehepaar, ein junger Lehrer und das Gastbereherepaar. Das Ziel: Über Gott ins Gespräch kommen. Erstaunlich offen und unbefangen tauschen die Teilnehmer persönliche Glaubenserfahrungen aus. Die Sprache der Missionare ist einfach, nicht verzückt, sehr ehrlich. Gott nimmt nicht alle Probleme weg, auch nicht in der Kirche, aber man darf sich von diesen Problemen nicht verwirren lassen und Gottes Liebe in seinem Leben nicht mehr sehen. Über die Rolle der Frau in der Kirche ärgert sich ein Ehepaar besonders. Ohne sich in eine Diskussion einzulassen bemerkt eine Missionarin: „Erinnern Sie sich noch an den Papst zur Zeit Katharinas von Siena? Gott funktioniert nicht in unseren Machtsystemen.“ Der neunzehnjährige Missionar Steven fügt hinzu: „Jesus möchte mir seine Freude schenken! Wenn ich das vergesse und mich nur noch ärgere über die Kirche, dann stimmt was nicht.“ Zum Abschluss singen alle gemeinsam das Lied „Komm, lobe unseren Herrn und Gott“ mit Gitarre und Jambe. Die drei Kinder haben sich mittlerweile auch dazugesellt. Gegen Mitternacht verabschiedet sich auch Steven, er hat sich noch lange mit einem Gast ausgetauscht.

„Musica Sacra“ – Ein göttlicher Weg

Im Stadttheater berichtet Domkapellmeister Georg Ratzinger, dass durch die Musik sein Glaube



„ins Herz gerutscht“ sei. Der Ballettdirektor des Hauses spricht von Grenzerfahrungen im Tanz, die für ihn auf etwas Höheres hinweisen. Umrahmt wird der Abend von geistlichen Gesängen von Michael Ostermann. Sehr authentisch und mit sichtbarer Mühe, die richtigen Worte zu finden, lässt der Komponist in sein Leben blicken. Im vollen Saal ist kein Laut zu hören.

Der Tag der Familien

Tags darauf war der Fahrplan der Donauschiffahrt um Regensburg außer Kraft gesetzt. Die ganze Regatta war zu einem kostenlosen Ausflug zur Walhalla geordert. Die Kirche sammelt nicht nur, sie tut auch viel für die Familien. Die Schiffe waren entsprechend voll. Auf jedem Schiff gab es vielfältige Angebote, über den Glauben zu sprechen und wie er mir Hilfe sein kann.

Die Zukunft der Kirche

Der Open-Air-Abend für die Jugend „Nightfever“ hatte seine Bühne nicht am Domplatz, sondern mitten im Einkaufsviertel. Die Kirche muss zu den Menschen gehen. Unterstützung war gekommen: 120 junge Leute im „Youth Mission Forum“ waren bereits tagsüber in der Fußgängerzone und luden ein. Seit dem späten Nachmittag spielen Bands auf der Bühne, junge Leute sprechen von ihrem Glauben. Jugendliche bleiben in der Ferne stehen, treten näher, machen mit, der Platz wird voll. Auch der Überraschungsgast Paddy aus der Kelly-Familie, mittlerweile Bruder Jean Paul Mary in der Johannesgemeinschaft, erzählt seine Berufungsgeschichte. Es wird still. Ein paar Mi-

nuten später: Ein großes Holzkreuz wird auf die Bühne gestellt. Scheinwerfer erhellen es, das Kreuz wird der Menge gegeben und dort weitergereicht, jeder will es berühren, das Kreuz Jesu. Mehrmals macht es die weite Runde. Diese Augenblicke sind ist ergreifend. Dann wird es in den Dom getragen, das Mittelschiff ist mit zweitausend Menschen gefüllt. Unablässig bringen Menschen Kerzen nach vorne und knien sich vor das Allerheiligste, Diakone segnen junge Paare, beim „Gebet füreinander“ betet ein Zweierteam in dem Anliegen, das an sie herangetragen wird, Priester sitzen in den Seitenschiffen und hören Beichte. Bis weit nach Mitternacht ist Leben im Dom.

Die Abende der Hoffnung und Barmherzigkeit gelten als Besonderheit der Stadtmission, sie wurde in den vier Regionalkirchen gleichzeitig angeboten, die Eindrücke davon sind unbeschreiblich. Der Abschlussabend glich einem Volksfest, Bischof Gerhard Ludwig Müller verlas unter großem Applaus einen Brief des Heiligen Vaters, in dem er Segenswünsche zur Stadtmission aussprach. Den Abschluss der Missionstage bildeten die heiligen Messen in vier Sportstadion.

Das Fruchtbare der Stadtmission geschah jedoch in den zahllosen Gesprächen, die die Missionare an den Haustüren führten. Die Aufnahme war überwiegend mit herzlichen Worten, oft mit Neugierde verbunden, zuweilen auch mit Befremden. Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller nahm sich täglich viel Zeit für die Begegnung mit den Missionaren. Bei ihren täglichen Reflexionen erfuhr er aus erster Hand, was den Menschen in seiner Bischofsstadt am Herzen liegt.

Fazit – was bleibt

Die Stadtmission Regensburg war ein großer Erfolg. Erfolge darf man dabei nicht mit Statistiken messen, sie beruhen auf den subjektiven Erlebnissen. Es ging bei der Stadtmission um die existenzielle Seite in den Herzen der Menschen. Die Gläubigen, aber auch die Fragenden und Suchenden anzusprechen, das ist durch die Missionare bestens gelungen. Sie haben sich oft schwierige Lebensgeschichten angehört und gefragt, ob sie für die Betroffenen beten dürfen. Immer wieder war Dankbarkeit bei den Menschen zu spüren, die vielleicht selbst zu keinem Gebet mehr imstande waren. In diesen Tagen wurde viel in den Herzen aufgebrochen und ausgesät, kein gutes Wort war umsonst. Viele Skeptiker sind nun Feuer und Flamme, Kirchgänger haben ihren Glauben tiefer entdeckt, Fernstehende haben sich die Frage nach Gott gestellt und sind vielleicht seit langem wieder einmal in die Kirche gegangen.

Nach der Mission ist vor der Mission

Jetzt geht es darum, den Samen zu gießen und zu pflanzen, damit er aufgeht und Frucht bringt. Einige Pfarrer und engagierte Laien planen bereits weitere missionarische Aktionen und überlegen auch eine Nachmission für das kommende Jahr. Was an Gutem sollen wir in unserer Pfarrgemeinde bewahren? Was kam gut an und soll bei uns fortgeführt werden? Beim großen Abschlussfest stiegen Hunderte von blauen Luftballons in den Himmel auf, an jedem hing eine Postkarte mit weiteren Städten unserer Diözese. □

„Ohne Familien fehlt uns die Grundlage“

*Ein Gespräch mit Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga,
dem Präsidenten von Caritas International*



Der Präsident von Caritas International, Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga, war vom 15. bis 17. Mai auf Einladung des weltweiten katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ (KIN) zu Gast in Altötting. Der Kardinal leitete dabei eine lateinamerikanisch-deutsche Wallfahrt des Hilfswerks und rief die Gläubigen dazu auf, den Völkerapostel Paulus in seinem Eifer für das Evangelium nachzuahmen.

Über seine Reise durch Europa im Marienmonat Mai und über die Situation der Kirche in Lateinamerika hat „Kirche in Not“-Mitarbeiter Berthold Pelster Kardinal Maradiaga in einem Interview befragt.

KIN: Herr Kardinal, am 13. Mai führte Sie die erste Station Ihrer Europa-Reise nach Fatima und am Wochenende darauf waren Sie in Altötting zu Gast. Machen Sie eine Wallfahrt von Pilgerort zu Pilgerort in Europa?

Maradiaga: Es ist eine für mich sehr wertvolle Fügung, dass ich den Monat Mai gleich in zwei Marienwallfahrtsorten feiern darf. Die erste Einladung war die nach Fatima. Sie habe ich bereits im vergangenen Jahr erhalten – und zwar auf dem Katholikentag in Osnabrück vom Bischof von Fatima, Antonio Marto, höchstpersönlich. Er hat mich dazu eingeladen, die Feierlichkeiten am 13. Mai dieses Jahres zu begleiten – und dieser Einladung bin ich gerne nachgekommen. Und kurz darauf habe ich die Einladung von „Kirche in Not“ erhalten, nach Altötting zu kommen.

KIN: Sie sind Präsident von Caritas International, in gewisser Weise also der Repräsentant der katholischen Kirche für Fragen der Gerechtigkeit. Sehen Sie sich als eine Art „politischer Kardinal“?

Maradiaga: Den Begriff Politik kann man enger und weiter fassen. Im weiteren Sinne ist Politik ein Dienst am Gemeinwohl. Im engeren Sinne spielt sich Politik hingegen nur auf der Ebene der Parteien und des politischen Tagesgeschäfts ab. Ich bin aber nur im weiter gefassten Sinn politisch. Ich glaube, der Dienst am Allgemeinwohl, also die weitere Bedeutung von Politik, ist die ureigenste Verantwortung der Kirche. Das schreibt Papst Benedikt auch in seiner Enzyklika „Deus caritas est“. Er spricht sich darin für eine „politische Nächstenliebe“ aus, für einen „Dienst an der Gemeinschaft“. Und das heißt für mich auch: Die Kirche hat den Auftrag, den Politikern eine Orientierung an die Hand zu geben. Nach diesem Selbstverständnis handle ich.

KIN: Sie sind Erzbischof von Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Was sind die größten Probleme Ihres Landes?

Maradiaga: Ich glaube, das größte Problem ist, dass es bei uns an echten Familien fehlt und auch am Verständnis dessen, was „Familie“ überhaupt bedeutet. Es gibt in Honduras kaum Zivilehen und noch weniger sakramental geschlossene Ehen. Die Folgen davon sind das Fehlen von Stabi-



lität in der Gesellschaft sowie Armut, Mangel an Erziehung und Gesundheitsvorsorge. Das verwundert nicht, denn die Grundlage für all das wird in der Familie gelegt. Uns fehlt diese Basis, und wir müssen uns auf diese Basis zurückbesinnen, wenn wir unsere Probleme lösen wollen.

KIN: Ist das Fehlen dieser Basis auch der Grund für die vielen Straßenkinder in Lateinamerika?

Maradiaga: Das ist eine traurige Wahrheit, die in der Tat ganz Lateinamerika betrifft. So viele Kinder werden von verantwortungslosen Eltern alleingelassen. Andererseits kommt das Problem auch daher, dass viele Mütter unter der ihnen aufgebürdeten Last beinahe zerbrechen. Diese Mütter wurden entweder verlassen oder betrogen und müssen ihre Kinder ganz alleine aufziehen. In solchen Situationen kommt es leider oft vor, dass sie ihre Kinder vor lauter Überforderung auf der Straße aussetzen.

KIN: Ein weiteres Problem Lateinamerikas sind die kriminellen Jugendbanden. Wo kommen die her, sind die Mitglieder ehemalige Straßenkinder?

Maradiaga: Zum Teil, doch die kriminellen Jugendbanden kamen im Grunde aus den USA zu uns. Sie hatten sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in Los Angeles gebildet. Die Regierung der Vereinigten Staaten schaffte es, die Banden zu vertreiben. Doch nur mit dem Ergebnis, dass diese Banden nun zu uns gekommen sind. Zuerst kamen sie nach El Salva-

dor und dann nach Honduras. Als katholische Kirche können wir hier nur helfen, indem wir den Jugendlichen eine Erziehung anbieten, die oftmals auch eine „Umerziehung“ sein muss. Leider landen viele Jugendliche statt in kirchlichen Einrichtungen auch im Gefängnis, wo sie zu noch mehr Gewalt erzogen werden.

KIN: Ein anderes, eher geistliches Problem für die katholische Kirche in Lateinamerika sind die neuen religiösen Bewegungen bis in den Bereich der Sekten hinein. Man hört, die katholische Kirche verliere mehr und mehr Gläubige an solche religiösen Gruppen – warum ist das so?

Maradiaga: Ich kann nicht bestätigen, dass die katholische Kirche mehr und mehr Gläubige an Sekten verliert. Es sind im Gegenteil kaum Katholiken, die zu den Sekten abwandern, ich beobachte eher so etwas wie eine „Gläubigenwanderung“ von Sekte zu Sekte. Die Sekten sind in meinen Augen auch ein soziales Problem, denn jede dieser Gruppierungen hat vor allem ihren finanziellen Profit im Blick. Es wird ja oft „der Zehnte“, also zehn Prozent des Einkommens von den Gläubigen gefordert, und zusätzlich werden noch Almosen gesammelt, was eine große Belastung für die Sektenmitglieder darstellt. Und mit diesem Geld können die Sekten im Gegensatz zur katholischen Kirche dann machen, was sie wollen. Sie müssen keine Steuern zahlen, keine Priesterseminare unterhalten und haben auch sonst keine Verpflichtungen. Das Geschäft mit dem Glauben ist sehr profi-

tabel und wird auf Kosten der Ärmsten gemacht. Auch darum müssen wir als katholische Kirche natürlich auf die Herausforderung durch die Sekten reagieren. Und die Grundlage dafür haben wir in Aparecida gelegt.

KIN: Wie wollen Sie also den Sekten beikommen?

Maradiaga: In Aparecida haben wir Bischöfe erklärt, dass die katholische Kirche die Katechese stärken muss, denn es fehlt erkennbar am richtigen Verständnis des eigenen Glaubens unter den Katholiken. Ohne Katechese fehlt jede Grundlage für den Glauben. Wenn Sakramente ohne Erklärung, ohne Begleitung gespendet werden, dann können sie nicht ihre ganze Heilswirkung entfalten. Wir müssen also mehr für die Bildung und auch für die Glaubensbildung der Katholiken in Lateinamerika tun.

KIN: Sie sind ein Mann mit vielen Verpflichtungen, dennoch haben Sie sich die Zeit genommen, zu einem Begegnungstag von „Kirche in Not“ nach Altötting zu kommen. Was hat Sie dazu bewegt?

Maradiaga: Wir haben „Kirche in Not“ viel zu verdanken. Wir dürfen nicht nur sitzen bleiben und empfangen, sondern wir müssen auch etwas zurückgeben. Es war für mich einfach eine Frage der Gerechtigkeit, unseren Unterstützern in Europa durch meine Worte und meine Zeit etwas zurückgeben zu dürfen.

KIN: Wir bedanken uns für das Interview.

Ist Frankreich ein Vorbild in der Familienpolitik?

Ja – aber anders als viele meinen

Ist Frankreich Vorbild in der Kinderbetreuung und in der Familienpolitik? Diese Frage wird oft gestellt, vor allem in Deutschland, und dann verweist man, gerade in Wahlkampfzeiten, gern auf ein Krippensystem, das angeblich flächendeckend sei und auf die hohe Beschäftigungsquote französischer Frauen sowie auf die höchste Geburtenquote in Eu-

ropa. In Frankreich sieht man das anders. Der Schriftsteller Stefan Zweig, der viele Jahre in Paris lebte, sprach von der „phosphornen Fläche der französischen Empfindlichkeit, die leicht entflammt“. Und deshalb kann man von Franzosen auf diese Frage eigentlich nur eine Antwort erwarten: Natürlich ist Frankreich ein Vorbild. Allerdings ist es das ganz anders, als manche

Bildungs- und Sozialingenieure hierzulande glauben. Man kann das französische System nicht eins zu eins kopieren, aber man kann schon einiges davon lernen und damit das eigene System hinterfragen und weiterdenken. Dazu will unsere Autorin, selber Französin, Mutter und früher Leiterin einer Ecole Maternelle, mit drei Thesen anregen.

In der Politik ist beim Thema Kinderbetreuung viel von der „Quality Time“ die Rede. Arlie Russell Hochschild, eine amerikanische Autorin hat diesen Begriff in ihrem Buch „Keine Zeit – Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet“ entlarvt als „eine Art, den Effizienzkult vom Büro auf das Zuhause zu übertragen. Statt neun Stunden am Tag mit einem Kind zu verbringen, erklären wir uns für fähig, gleiche Ergebnisse mit einer einzigen, stark verdichteten Total Quality-Stunde zu erzielen“. Das Schlimme allerdings sei, dass die meisten Eltern blind seien „für die ungeheuren Zwänge, unter denen sie lebten. Wie die meisten Amerikaner glaubten sie, dass sie angesichts der vielen von der Verfassung garantierten Rechte – Pressefreiheit, Reisefreiheit, Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück – tatsächlich selbst auch wirklich frei seien. Sie dachten, sie seien frei, aber sie fühlten sich nicht frei; in Wirklichkeit leben viele von ihnen in Zeitgefängnissen“. Das gilt auch für Deutschland und in zunehmendem Maß auch für Frankreich. Allerdings steht in Frankreich diesem neoliberalen oder kapitalistischen Denken eine Mentalität entgegen, die die Ausbeutung der Eltern durch angebliche wirtschaftliche Zwänge noch deutlich abfedert. Dadurch wird die Familie in Zeiten der Krise zu einem Bollwerk

der Solidarität. Dieser Faktor der Stabilität wird in Deutschland völlig verkannt. Es ist eine Frage des Denkens.

Erste These: Das andere Denken.

In Deutschland ist man gewohnt, in der Familienpolitik von den Bedürfnissen der Eltern, insbesondere der Frauen und Mütter her zu denken. Das ist in Frankreich anders. Dort sieht man seit fast anderthalb Jahrhunderten zunächst die Bedürfnisse des Kindes. Aus diesem anderen Denken heraus sind die Ecoles Maternelles für Kinder ab drei Jahren entstanden, die erste im Jahr 1887. Und schon sechs Jahre zuvor, 1881, wurden die sogenannten alles d'asile – Aufenthaltsräume für Kinder – offiziell in das Bildungssystem integriert. Man hat die Arbeit in der Familie auch nicht als Knechtschaft am Herd verfehlt, so wie das heute im politisch-medialen Establishment Deutschlands der Fall ist, sondern im Gegenteil gefördert. Man wollte sie, die Haus- und Erziehungsarbeit, sogar schon früh staatlich honorieren. Der Abgeordnete Lemire forderte am 28. Oktober 1898 in der Nationalversammlung die Einführung einer Art Familiengeld oder Erziehungslohn mit dem Argument der Leistungsgerechtigkeit. Er sagte: „Das, was ich von der Kammer fordere, nenne ich weder Hilfe noch Entschädigung. Denn eine

Hilfe wird bei einem drängenden oder vorübergehenden Bedarf gewährt, und eine Entschädigung erhält man für einen Verlust. Eine Familie zu haben, bedeutet jedoch, weder einen Unfall noch einen Schaden erlitten zu haben ... Eine Zuwendung nun ist eine Gegenleistung für einen Dienst. Die Familie leistet einen sozialen Dienst.“

Solche Worte hat man im Bundestag noch nicht gehört. Lemire sagte das vor mehr als hundert Jahren. Schon das zeigt, dass das Denken über Familie, über die gesellschaftliche Bedeutung von Familie in Frankreich eine lange Tradition hat. Man denke da ferner auch an den pädagogischen Roman „Emile“ von Jean Jacques Rousseau. Er gipfelt sozusagen in der Forderung, man möge doch „aufhören, im Auftrag der Gesellschaft das Kind zu überwältigen und sich einbilden, man könne mit der Erziehung die gewünschten Menschen herstellen“. Wer Kinder glücklich machen wolle, der, so Rousseau, „schirme sie ganz gegen die Gesellschaft und ihre Erwartungen ab“. Denn das Kind habe „nur einen Beruf: Mensch zu sein. Wer für diesen Beruf gut erzogen ist, wird auch jeden anderen gut ausfüllen“. Rousseau plädiert hier für eine Erziehung, die individuell ist und die auf die Vermittlung von Humanvermögen, auf das Herausholen und Schöpfen von Daseinskompetenzen ausgerichtet ist. Das ist die

Leistung der Eltern und das sei ein sozialer Dienst, für den der Abgeordnete Lemire ein Familiengeld verlangte.

Aus diesem Denken entsteht das weltweit erste Familiengesetzbuch, Le code de la famille, erlassen am 29. Juli 1939, und dieses Denken liegt auch Teilen der Sozialzyklika *Rerum Novarum* aus dem Jahr 1891 zugrunde, an der der Franzose Léon Harmel, ein Berater von Papst Leo dem XIII., maßgeblichen Anteil hatte. Aus diesem Denken entwickelt sich die Familienpolitik in Frankreich mit dem Schwerpunkt der Subjektförderung: man vertraut Eltern und gibt ihnen Geld in die Hand, im Gegensatz zu Deutschland etwa, wo die Objektförderung Vorrang hat und wo man Einrichtungen und Planstellen schafft und eben weniger Vertrauen in die Eltern hat. Das wird deutlich bei Aussagen wie: Die Kinder in professionelle Hände geben, ohne sicher zu gehen, dass diese professionellen Hände auch vorher eine entsprechend professionelle Ausbildung hinter sich haben.

Anders in Frankreich. Hier gab es jahrzehntelang die *Ecoles Normales*, ein besonderer, akademischer Ausbildungsweg für Lehrerinnen oder *Institutrices* der *Ecoles Maternelles* und *Ecoles Primaires*, also der Vor- und Grundschulen. Dann wurde die Ausbildung akademisch aufgewertet, man muss heute sogar, anders als bei üblichen Fakultäten, eine Aufnahmeprüfung bestehen. Ebenso wird die individuelle Betreuung der unter Dreijährigen fachlich gefördert durch den Beruf der *Nourrice* oder Tagesmutter. Auch bei diesen Lehr- und Studiengängen der Kleinkind-Pädagogik wird zunächst vom Kind her gedacht. Aus diesem Denken entstanden schon die wegweisenden Arbeiten von Piaget und Montessori. Dieses Denken blickt in die Zukunft, eben des Kindes, und nicht in die Gegenwart, eben der Eltern, und daraus entsteht eine politische Prioritätensetzung, ein anderes Bewusstsein vom realen Wert der Familie, und zwar nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Jean Didier Lecaillon, ein renommierter Professor für Volkswirtschaft in Paris, sagte auf dem Straßburger Kongress „Familie als Beruf“ im Europaparlament im November 2000 zu diesem Denken: „Ökonomie wird allzu oft

mit Rechnungswesen verwechselt. Man betrachtet nur die Höhe einer Ausgabe, ohne zu unterscheiden, ob es sich bei ihr um Konsum oder um Investition handelt. Die wichtigste Frage ist nicht: Wie viel kostet es? Sondern: Wie viel bringt es? Wenn es um die Familie geht, muss man sich darauf einigen können, dass man es generell mit Investitionen zu tun hat.“

Für die Franzosen handelt es sich um eine Investition in die wichtigste und immer knapper werdende Ressource, in das Humanvermögen. Es ist eine Investition in die Zukunft. Dafür geht man auch mal auf die Straße. Als die Linksregierung Jospin 1998 das Kindergeld einkommensabhängig gestalten wollte, kam es zu Massenprotesten. Es war der Auftakt zu einer bürgerlichen Protestbewegung gegen die Familienpolitik dieser Regierung mit Artikeln der Empörung in fast allen Zeitschriften, Demonstrationen von Familienverbänden und aufgeregten Debatten im Parlament. Seitdem findet jedes Jahr eine nationale Familienkonferenz der Regierung und der Verbände statt. Auf ihnen werden trotz der knappen Kassen meistens Maßnahmen zugunsten der Familien und einer höheren Geburtenquote beschlossen. Die massive finanzielle staatliche Förderung, die die Dreikinder-Familie als gesellschaftlichen Standard etablieren will, ist natürlich eine natalistische Politik und geht mit einem gesellschaftlichen Klima einher, das der Präsident wie selbstverständlich und demonstrativ dadurch unterstützt, dass er die kinderreichsten Mütter im Elysée-Palast mit einer Medaille auszeichnet.

These zwei: Die Lebensweise ist anders

Das Denken in Familie, in der individuellen Beziehung und Bindung prägt das Leben der einzelnen und der Gesellschaft. Es vermittelt eine andere Perspektive auf die Einstellung zu Familie und Kind. Es ist noch selbstverständlich, Kinder zu haben. Man geht viel unbefangener damit um, fragt nicht ob überhaupt, sondern wie man es bewerkstelligen kann, eine Familie zu managen und möglicherweise gleichzeitig außer Haus arbeiten zu müssen. Man kennt die Verteufelung des Herdes nicht und ebenso wenig

den Begriff Rabenmutter. Kein Franzose, keine Französin kann damit etwas anfangen. „*Mère de Corbeau*“ – das könnte allenfalls ein Roman von Balzac sein, in dem eine Frau sich um Raben kümmert. Auch französische Frauen wollen oder müssen erwerbstätig sein. Dennoch wollen und „leisten“ sich mehr Frauen in Frankreich ein und vor allem mehrere Kinder als in den meisten anderen europäischen Ländern. Das wird möglich durch mehr Teilzeitangebote und durch ein anderes Gesamtsystem.

Ein Beispiel: Das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes liegt in Deutschland und Frankreich nahezu gleich bei 29 Jahren. Aber was ist in diesen 29 Jahren im Leben der deutschen und der französischen Mutter passiert? Die junge deutsche Frau hat mit 19 oder 20 Abitur gemacht, ohne Wiederholung, und dann studiert, etwa sechs, sieben Jahre, das ist der Durchschnitt. Dann hat sie einen Job gesucht – nochmal ein gutes halbes Jahr – ein, zwei Praktika absolviert und mit 28 angefangen zu arbeiten. Davor hat sie ihren Mann kennen gelernt und zwar an der Bildungseinrichtung Uni oder Berufsschule, die wahren Heiratsmärkte heute, wie eine Studie der Universitäten Bamberg und Bremen belegen. Nach einem halben, dreiviertel Jahr wurde unsere junge deutsche Frau schwanger und mit 29 dann Mutter. Die französische Frau macht mit 17 oder 18 ihr *Baccalauréat* (Abitur), studiert maximal fünf Jahre (Regelstudienzeit) und tritt mit 23 oder 24 ins Berufsleben ein. Sie arbeitet fünf Jahre, bevor sie das erste Kind bekommt. Sie ist etabliert, hat Berufserfahrung und möchte den Beruf wechseln oder unterbrechen. Sie wird von Beruf Mutter. Da sie über ausreichend Erfahrung in ihrem alten Beruf verfügt, fällt es ihr leichter, einen Teilzeitjob zu bekommen, so dass sie den neuen Beruf mit dem alten besser vereinbaren kann, erst recht, wenn das Kind nach drei Jahren in die *École Maternelle* geht.

Offensichtlich entscheiden sich viele Frauen in Frankreich für eine Familienphase, und zwar in einem Lebensabschnitt, der es ermöglicht, auch mehrere Kinder zu haben und zu erziehen, also nicht erst Ende der dreißig, Anfang vierzig. Das ermöglicht ihnen größere Familien. Und sie haben dank



„french dressing“: Überdurchschnittlich viele größere Familien mit mehr als drei Kindern machen Frankreich zum geburtenstärksten Land Europas.

der Vielzahl der familienpolitischen Maßnahmen auch die Wahlfreiheit, dies zu tun. Die Frauen, die neben der Familienarbeit oder dem Familienmanagement einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehen, tun dies aber meist teilzeitig. Und selbst bei den Frauen, die vollzeitig außer Haus beschäftigt sind, gibt es einen markanten Unterschied zu Deutschland. Der Lebensrhythmus in Frankreich geht von acht bis zwölf und von zwei bis fünf. Zwischen zwölf und vierzehn Uhr gibt es eine Mittagspause. In dieser Pause holen die meisten Mütter ihre Kinder aus den Horten und Vorschulen ab. Sie essen zusammen. Sie verbringen Zeit zusammen. Sie kommunizieren bei einer grundlegenden, ja vitalen Tätigkeit. Natürlich geschieht das manchmal unter erheblichem Stress, aber es geschieht. Der gedankliche und emotionale Austausch findet statt, die Beziehung lebt und damit auch die Erziehung. Erlebnisse in den Betreuungsanstalten werden verarbeitet. Die Eltern schenken das, was Kinder sich nachweislich am meisten von ihren Eltern wünschen: Zeit.

Selbstverständlich unterscheidet sich die Lebensweise in den Städten von der auf dem Land. Vor allem in Paris, Bordeaux, Lille, Marseille und anderen größeren Städten sind die Lebenshaltungskosten höher, die Arbeitszeiten länger, mithin die Mittagspausen oft kürzer, ist das Leben hek-

tischer, der Lebensstakt schneller. Dort ist der Bedarf an Krippen und Horten entsprechend höher. Fast die Hälfte aller Krippenplätze Frankreichs befindet sich im Großraum Paris. Wer es sich leisten kann, hält sich eine Tagesmutter, eine Nourrice, aber da sie mehr Stunden betreuen muss, ist sie auch teurer. Eine Tagesmutter, die Kinder in ihrer eigenen Wohnung betreut, kostet mindestens 600-700 Euro pro Monat. Eine Kinderfrau, die Kinder in der Wohnung der Kinder betreut, kostet je nach Qualifikation bis zu 2 500 Euro pro Monat.

Dritte These: Wandel, Wahlfreiheit und Zeit

Die sogenannte Globalisierung, die de facto nur eine Ausweitung des neoliberalen Wettbewerbs ist, funktioniert gerade in der Familienpolitik als großer Gleichmacher. Das umso mehr, als das demographische Defizit zu einem Mangel an Fachkräften geführt hat, und den glaubt man mit den gut ausgebildeten jungen Frauen preiswert beheben zu können. Dieser Wandel hat auch Frankreich erfasst. Der Primat der Erwerbsarbeit hat die Städte erobert, die Medien sowieso. Der Einfluss auf die Politik wird spürbarer. Das ganzheitliche Denken, das die Familienpolitik bis über die Jahrtausendmarke prägte, weicht vor dem kurzzeitigen Bilanzdenken der neoliberalen

Globalisierer zurück. Das drückt sich ganz aktuell aus in der Absicht, die Ecoles Maternelles zu privatisieren, um Kosten zu sparen, sie ihrer pädagogischen Tiefe zu berauben, indem die Programme nicht mehr wie bisher jährlich weiterentwickelt und an die entwicklungspsychologisch relevanten Ergebnisse der Hirn- und Bindungsforschung angepasst werden. Selbst auf den Internetseiten, wo sie früher standen, werden sie jetzt verdünnt. Man will die Ecoles Maternelles offenbar zu Verwahranstalten degenerieren lassen. Der Grund ist das Budget. 25 000 Stellen sollen eingespart werden. Aber das geschieht natürlich auf Kosten der Zukunft, und es ist fraglich, ob Erziehungsminister Xavier Darcos seine Pläne durchsetzen kann. Die Bevölkerung hat dafür wenig Verständnis; und wenn es um Kinder oder Schule geht, sind die Franzosen wirklich empfindlich, da kommen schnell Hunderttausende zusammen. Das ist umso erstaunlicher, als gerade die in den Ecoles Maternelles so intensiv gepflegte Spracherziehung ein Integrationsmotor par excellence ist. Wer die Ecoles Maternelles privatisiert, leistet der Getto-Bildung und ethnisch homogenen, sprich islamistischen Koranschulen Vorschub.

Die Betreuung der Unter-Drei-Jährigen ist von der Sparwelle noch nicht erfasst. Hier ist auch nicht viel zu holen. Schon vorher besuchten nur elf Prozent der U-3-Kinder nach Angaben der OECD staatliche Creches, also Krippen und Horte. Die meisten U-3-Kinder werden von der eigenen Mutter oder von einer Tagesmutter betreut. Allerdings will man den Schlüssel erweitern. Statt wie bisher maximal vier Kinder, einschließlich der eigenen, soll eine Nourrice jetzt fünf Kinder betreuen dürfen. In den Krippen ist der Schlüssel anders: Da darf eine Kinderfrau sieben Kinder unter drei Jahren betreuen. Pädagogisch gesehen ergibt das wenig Sinn. Je kleiner oder jünger umso notwendiger ist die individuelle Betreuung. Vier Kinder unter drei Jahren war nicht ohne Grund als Maximum angesehen worden. Durchschnittlich ist nur für 1,2 von 10 Kindern zwischen 0 und 3 Jahren ein Platz vorhanden. Die Regierung will daher die Zahl der Krippenplätze bis 2011 auf 350 000 erhöhen. Daneben bieten etliche Kommunen in ihren öffentlichen Betreuungseinrichtungen

an, die Kinder auch stundenweise aufzunehmen. Sofern Platz vorhanden ist, können auch schon Zweijährige in die École Maternelle eintreten. Zunehmend treten auch private Anbieter auf den Plan. Je nach Einkommen bezahlen die Eltern für einen Platz zwischen 0,2 und 2,54 Euro in der Stunde. Entsprechend den Vorschriften für alle Kinderkrippen gibt es auch hier eine Betreuungskraft für fünf Kinder, die laufen können, und eine für sieben, wenn sie noch nicht laufen. Das ist ein Schlüssel, von dem man in Deutschland noch träumt. Die staatliche Familienkasse CNAF übernimmt in der Regel 60 Prozent der Kosten eines Krippenplatzes von 10 000 Euro im Jahr. Die Eltern können ihre Beiträge zudem von der Einkommensteuer absetzen.

Es gibt rund 600 000 Tagesmütter oder Nourrices. Pädagogisch und entwicklungspsychologisch gesehen ist das Institut der Tagesmutter freilich immer besser als eine Gruppe von zehn oder gar zwanzig Kindern. Die Förderung kann individueller erfolgen, es bildet sich eine Bindung zur Bezugsperson, die emotionale Stabilität ist größer, die Kommunikation reicher. Tagesmütter gehen auch in die Familien. Sie bekommen ein tariflich geregeltes Salär von ihrem familiären Auftraggeber, die Qualitätskontrolle über Ausbildung und Ausübung des Berufs aber hat der Staat. Eine formale Ausbildung wird nicht verlangt. Registrierte Tagesmütter müssen sich lediglich einer medizinischen Untersuchung sowie einer Befragung durch Facharbeiter der Sozialarbeit unterziehen.

Frankreich lässt sich insgesamt die Betreuung nicht viel mehr kosten als Deutschland, aber das Geld wird anders verteilt. Auch Mütter, die sich entschließen, zuhause zu bleiben, erhalten Geld, unabhängig vom Einkommen der Familie. Es gibt eine Geburtsprämie schon für das erste Kind und ein Elterngeld. Die familienpolitischen Maßnahmen enthalten das klassische Repertoire, insgesamt sind es rund 30 einzelne Posten, plus Sondermaßnahmen. Die Summe all dieser Maßnahmen, die Eltern sich für ihren Fall wie ein Puzzle zusammensetzen können und wobei sie durch Familienzentren beraten werden, ermöglicht es den Eltern, dass sie Wahlfreiheit haben zwischen Fremdbetreuung und Selbst-



Berufswechsel: Glücklich über den Beruf als Mutter. Die Subjektförderung mit einer Vielzahl von finanziellen Optionen macht es möglich.

betreuung. Keine Familie fällt finanziell in ein schwarzes Loch, wenn die Frau eine mehrjährige Familienphase einlegt.

In Frankreich ist ein Trend hin zur Teilzeitbeschäftigung von Frauen (mit Kindern) zu beobachten. Seit der Reform des Erziehungsgeldes im Jahr 2004 wird die Teilzeitarbeit von Müttern kleiner Kinder finanziell sogar unterstützt: Mütter können zwischen einem Erziehungsgeld von 533 Euro bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit und 406 Euro Erziehungsgeld bei einer Teilzeittätigkeit wählen. Die Präferenz für Teilzeitarbeit ist zwar charakteristisch für erwerbstätige Frauen in ganz Europa. In Frankreich allerdings scheint die Not zur Erwerbsarbeit geringer zu sein, was zweifellos mit der Subjektförderung zu tun hat. Man hat eben die Wahlfreiheit, sein Kind selbst zu betreuen und zu erziehen. Diese Freiheit nehmen die Französinen gerne wahr. Die Frauenerwerbsquote ist bei Müttern mit einem Kind unter drei Jahren geringer als in Deutschland (siehe Tabelle).

Der große Pädagoge Pestalozzi hat einmal seine Forschungsergebnisse und Erfahrungen in einer Art *summa paedagogica* zusammengefasst und nannte sie die drei großen Z: Zuwendung, Zärtlichkeit, Zeit. Die Zeit ist das wichtigste, ohne sie gibt es keine Zuwendung und keine Zärtlichkeit. Die

Quality time, von der die deutsche Familienministerin so gern redet, ist ein Selbstbetrug für das „effiziente“ Leben in Zeitgefängnissen. Hier liegt der große Unterschied zwischen Erziehung und Betreuung. Betreuung ist „satt, sauber, beschäftigt“. Und das rasch. Erziehung dagegen sind die drei Z, sie sind echte Investition in das Humanvermögen. „Erziehung ist Beschenkung mit Menschlichkeit“, nannte das Johannes Paul II in seinem Brief an die Familien. Das kann außerhalb der Familie für Kinder unter drei Jahren in der Regel nur begrenzt geschehen. Die Ergebnisse der Hirnforschung, die vor allem in den USA auch mit Blick auf die Erziehung und Bedürfnisse des Kindes vorangetrieben wird, machen immer deutlicher, dass emotionale Stabilität, mithin klare Bezugsrahmen und gleich bleibende Bezugspersonen sowie zeitlose Hinwendung für die gesunde Entwicklung des Kindes grundlegend und vital sind. Sie schaffen das Urvertrauen oder die Vitalbindung, die den Daseinskompetenzen zugrunde liegt. Wer Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit schenkt, der schenkt Liebe. Und darauf kommt es an. Natürlich mangelt es auch in Frankreich daran. Aber man bemüht sich, in diesem Sinn den Familien Freiraum zu verschaffen. Familien Freiraum geben, Familien Vertrauen schenken, mit Familien kooperieren – vielleicht ist das die Lektion, die man von Frankreich noch lernen kann. □

Die Politiker stellen die Weichen

Wohin soll die Fahrt gehen?



Prof. Dr. Lothar Roos

1935 in Karlsruhe geboren.

1960 Priesterweihe.

1964-1969 wiss. Assistent am Seminar für Christliche Gesellschaftslehre der Universität Freiburg

1969 Dr. theol. Mit dem Werk „Demokratie als Lebensform“

1969-1975 Dozent und Subregens am Priesterseminar St. Peter bei Freiburg

1974 Habilitation für die Fächer Christliche Gesellschaftslehre und Pastoraltheologie in Freiburg, u.a., mit dem Werk „Ordnung und Gestaltung der Wirtschaft“

1975 Berufung zum o. Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Universität Mainz

Seit 1979 o. Professor für Christliche Gesellschaftslehre und Pastoralsoziologie an der Universität Bonn

2000 Emeritierung

Von 2001 - 2005 Professor an der Theologischen Fakultät der Schlesischen Universität Kattowitz.

Von 1974 – 2003 Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Lebendige Seelsorge“. Seit 1984 Geistlicher Berater des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU)

Seit 1995 Päpstlicher Ehrenprälat. Vorsitzender der am 26.03.02 gegründeten Joseph-Höffner-Gesellschaft

„Die Politiker stellen die Weichen“

– können sie das überhaupt, wenn sie wiedergewählt werden wollen und davon ausgehen müssen, dass die Wähler unangenehme Wahrheiten nicht gerne hören?¹ Churchill konnte mit seiner sprichwörtlichen „Blut- und-Tränen-Rede“ am Beginn des Zweiten Weltkriegs die Wahlen gewinnen: Was aber würde passieren, wenn heute Frau Merkel oder Herr Steinmeier in einer Wahlkampfrede ungefähr folgende Weichenstellungen propagieren würden:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wir können angesichts der demographischen Entwicklung nicht mehr davon ausgehen, dass in zwanzig Jahren die dann in Brot und Arbeit stehenden Menschen bereit sind, über ein Umlageverfahren die gesamte Last der Renten- und Krankenversicherung² für sich, ihre Kinder und die ältere Generation zu tragen.³ Unsere Renten sind so sicher wie die Kinder im Mutterleib. Außerdem muss ich leider sagen: Wir können auch nicht damit rechnen, dass in einer offenen Weltwirtschaft unser heutiger Lebensstandard garantiert werden kann angesichts der Tatsache, dass die ‚ärmeren‘ Völker vor allem einfache Produkte viel billiger auf unseren Markt bringen können, als dies bei unseren Löhnen möglich ist.⁴ Mit welchem Recht dürften wir ihnen dies verwehren, wo wir ihnen als ‚Exportweltmeister‘ seit Jahrzehnten dazu die Maschinen verkaufen? Da wir selber nicht über nennenswerte Rohstoffe verfügen und diese auf dem Weltmarkt teuer einkaufen müssen, bleibt uns nur eine Ressource unserer wirtschaftlichen Kraft: die Qualität unserer Arbeit. Weil wir nur mit hochwertigen Gütern und Dienstleistungen konkurrieren können, lässt sich unser Lebensstandard, wenn überhaupt, nur durch

eine qualifizierte Ausbildung unserer jungen Menschen halten. Deshalb können wir es uns nicht mehr leisten, dass Kinder eingeschult werden, die kein Deutsch können, und dass Schulschwänzen in den oberen Klassen der Hauptschule in nicht wenigen Stadtgebieten fast selbstverständlich geworden ist. Dafür sind nicht wir Politiker verantwortlich, denn die Schule kann nicht ersetzen, was im Elternhaus versäumt wurde. Ich weiß nicht, ob wir Politiker überhaupt etwas dafür tun können, dass wir wieder mehr und besser erzogene Kinder bekommen.“

Ich breche die Wahlrede hier ab und frage: Würden die Wähler in Beifall ausbrechen, weil ihnen die Wahrheit gesagt wird? Oder würde etwas Ähnliches passieren wie bei der Rede des Stephanus vor dem Hohen Rat: „Da erhoben sie ein lautes Geschrei, hielten sich die Ohren zu, stürmten gemeinsam auf ihn los, trieben ihn zur Stadt hinaus und steinigten ihn“ (Apg 7,57f.), allen voran Oskar Lafontaine und jene Gruppe vom linken Flügel der SPD, der gerade verlangt hat, die Altersgrenze mit 67 wieder abzuschaffen?

I. Politik für unsere Zukunft

Fragen wir zunächst: Was wäre eine Politik für unsere Zukunft? Welche Weichen müssten von wem gestellt werden?

1. Wie steht es um die Zukunft unserer Sicherheit?

Die erste Aufgabe des Staates besteht darin, Leben und Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Dies gilt vom ersten Augenblick menschlichen

Lebens an bis zu seinem natürlichen Ende. Wir alle wissen, wie weit unsere Gesetzgebung davon entfernt ist. Die Novellierung des Stammzellgesetzes liegt hinter uns, das nächste Feld, das sich auftut, ist die Euthanasie. Sie kommt inzwischen unter dem schönen Wort „autonome Patientenverfügung“ daher.

Am wenigstens ist unser Leben durch äußere Feinde bedroht, zumindest schien dies bis zum 11. September 2001 so zu sein. Glücklicherweise mussten wir noch keinen schweren Terroranschlag islamistischer Provenienz hier in Deutschland erleben. Wir haben Glück gehabt, dass die Kofferbomber und die „Sauerland-Bande“ gefasst wurden. Auch konnten dank einer Überwachungskamera die beiden Täter verurteilt werden, die in der Münchener U-Bahn einen alten Mann fast zu Tode gebracht hätten. In manchen Vorstädten können sich nicht nur Frauen nachts nicht mehr allein auf die Straße trauen.⁵ Hinzu kommt die Gewalt an Schu-

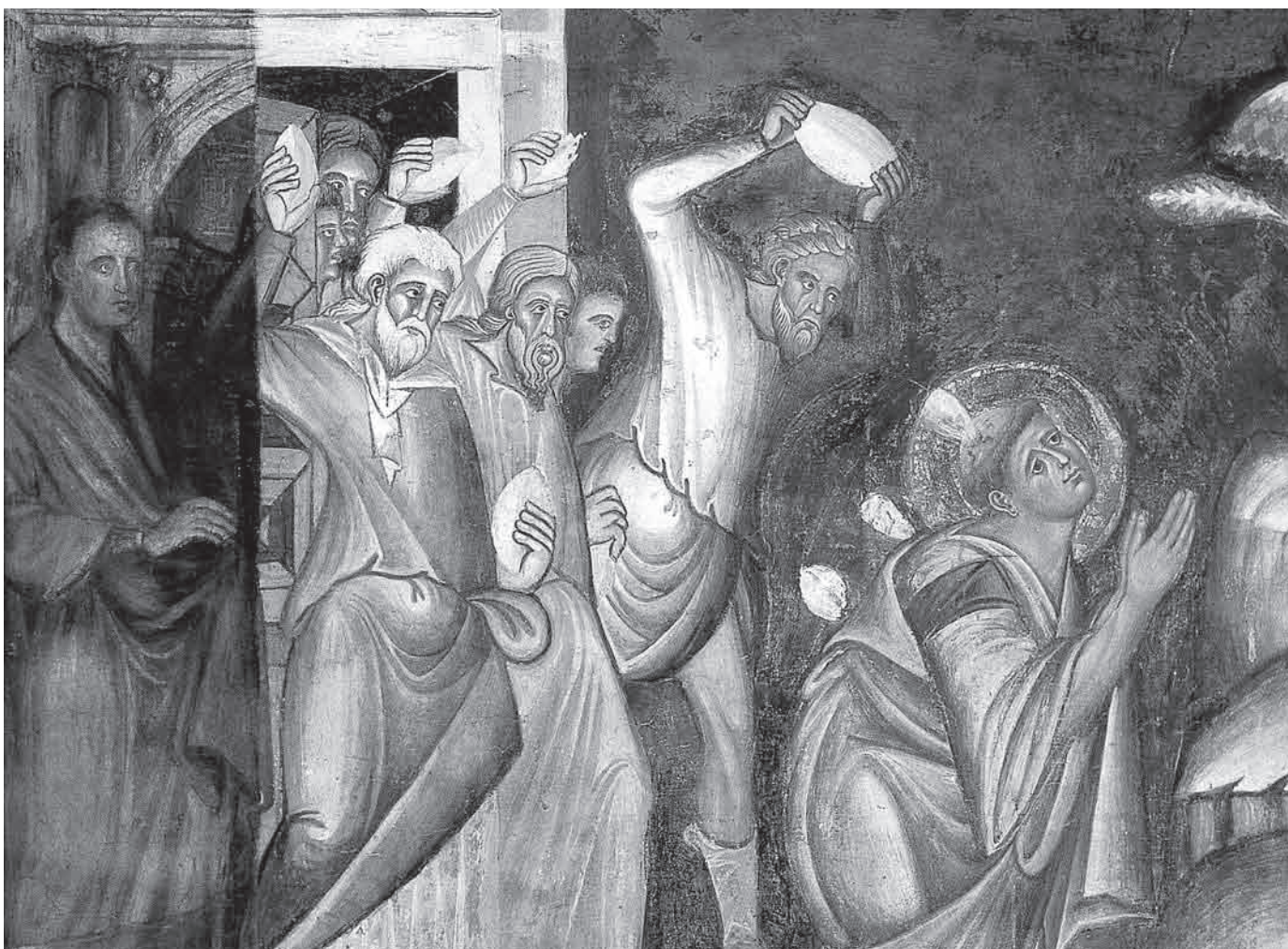
len. Viele Lehrer haben Angst, ihrem Beruf nachzugehen. Die Anzahl verhaltensgestörter und aggressiver Jugendlicher hat beträchtlich zugenommen, ebenso Drogenkonsum und Alkoholismus.⁶ Dennoch führen bei uns die Gralshüter einer schrankenlosen Freiheit endlose Debatten darüber, ob an allen wichtigen öffentlichen Plätzen Überwachungskameras installiert werden dürfen, ob man zu Terroristen ausgebildete Islamisten belangen kann, wie weit Online-Verschwörer dank der heiligen Kuh Datenschutz weithin unbehelligt ihr Spiel treiben dürfen.

2. Wie steht es um die Zukunft unserer Erziehung und Bildung?

Besonders gravierend ist die Tatsache, dass ca. 15 % der Hauptschüler wegen zu geringer Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen den Anforderungen einer Berufsausbil-

dung im dualen System nicht mehr gewachsen sind, diese deshalb gar nicht aufnehmen oder abbrechen. Die Ursachen liegen auch in falschen pädagogischen Theorien, die in Zeiten allgemeinen Wohlstands in die Welt gesetzt wurden (zumutbar kann nur sein, was „Spaß macht“!). Dies führte zu einer leistungsfeindlichen Freizeit- und „Erlebnissesellschaft“.

Besonders unter deutschen Verhältnissen ist dabei vor einer Mentalität zu warnen, welche die Aufgaben von Erziehung und Bildung einfach auf den Staat abschiebt. Unser Grundgesetz stellt fest: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (GG, Art. 6, Abs. 2). Originäre Träger von Erziehung und Bildung sind die Eltern; die Erzieher und Lehrer vom Kindergarten (demnächst von der Krabbelstube) bis zur Hochschule; die Ausbilder (Meister) in den Betrieben; die Kirchen über den Religionsunterricht und durch den Betrieb von Privat-



Die Steinigung des Stephanus: Stephanus wird von der ihn steinigenden Menschenmenge aus der Stadt getrieben. Im Himmel erblickt er Christus. Fresko aus der Kapelle Sancta Sanctorum im Lateran zu Rom.

schulen; die Träger der Jugendarbeit, der allgemeinen Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung. Sie sind die erstberechtigten, aber auch erstverpflichteten Träger von Erziehung und Bildung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip.

Für Bürger zum Beispiel der USA ist dies selbstverständlich: Erziehung und Bildung sind Sache der von Eltern, meist zusammen mit ihren Kirchengemeinden, organisierten Schulträger und nicht des Staates. Von ihnen werden die Lehrer angestellt und gegebenenfalls entlassen, wenn sie pädagogisch versagen. Sie verantworten im Rahmen der allgemeinen staatlichen Vorgaben weitgehend die Lehrinhalte. Deshalb sind dort die Eltern auch bereit, für die von ihnen selbst verwalteten Schulen erheblich mehr finanzielle Opfer für eine gute Erziehung und Bildung ihrer Kinder aufzubringen.

Ein positives Beispiel dieser Art bei uns wurde am 1. September auch von der überregionalen Presse mit Aufmerksamkeit registriert: „Wagt euch zu den Ufern, stellt euch gegen den Strom“, so lautete der Vers eines Liedes, das im Einschulungsgottesdienst der Marienschule, des ersten katholischen Gymnasiums in Potsdam, erklang. Im Förderverein der Marienschule, so schreibt die FAZ dazu, haben sich „energische Eltern

60 Euro für das Gymnasium kostet. Wie konnten wir es so weit kommen lassen, dass der Staat den Sexualkundeunterricht völlig unter seine Hoheit gestellt hat und ihn heutzutage in vielen Lehrplänen Gender-Ideologen übertragen hat?“⁸

Je wertpluralistischer sich eine Gesellschaft entwickelt, desto wichtiger müsste für Christen die spezifische Profilierung von Erziehung und Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes sein. Joseph Höffner hat einmal gesagt: „Wenn der Bürger das Recht hat, seinen Friseur frei zu wählen, muss er auch das Recht haben, aus Gewissensgründen den Erzieher seiner Kinder zu wählen. Je zerrissener die moderne Gesellschaft im Bereich der letzten Werte wird, desto dringender ist sie verpflichtet, die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft nicht nur zuzulassen, sondern zu fördern“ (1977).

Wer sich über Erziehung und Bildung Gedanken macht, der kommt auch nicht an der neuen Medienwelt vorbei. Was kann der freiheitlich-demokratische Staat hier überhaupt tun? Er versucht zur Zeit, in einem dauernden Wettlauf mit raffinierteren Methoden krimineller Anbieter Kinder vor pornographischer Kriminalität zu schützen. Fast nichts kann der Staat aber gegen den im frühesten

Hauptschüler fünf Stunden täglich mit elektronischen Medien (Fernsehen, Playstation, Computer), die gleichaltrigen Mädchen zwei Stunden. Untersuchungen der Kinderzimmer haben ergeben, dass bei Jungen dort viermal so viele elektronische Geräte stehen wie bei Mädchen, dafür lesen die Mädchen viermal so viel wie die Jungen. Damit erklärt sich weitgehend die unterschiedliche Qualität der Bildungsergebnisse, bei denen die Mädchen inzwischen den Jungen im Verhältnis von 65 zu 35% voraus sind. Außerdem zeigte sich bei der Untersuchung ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle, wie es ähnlich schon in den Pisa-Studien offenbar wurde (Während in Dortmund 56 % der Zehnjährigen ein Fernsehgerät in ihrem Zimmer stehen haben, sind es in München nur 22 %, bei den Playstations beträgt das Verhältnis 42 zu 19 %.) Pfeiffer fasst seine Ergebnisse in die Kurzformel: Medienkonsum macht dick, dumm und traurig.⁹ Die Hauptursache dafür liegt wohl darin, dass Fernseher, Playstation und Internet als „Ersatzerzieher“ für Eltern fungieren, die für ihre Kinder entweder keine Zeit haben oder nicht die Kraft aufbringen, einen pädagogisch verantwortlichen Umgang mit diesen Medien durchzusetzen.

3. Wie steht es um die Zukunft unseres Sozialstaats?

Hinter der Idee des Sozialstaats steht die christliche Überzeugung, dass eine der Menschenwürde verpflichtete Gesellschaft jedem ein Anrecht auf ein menschenwürdiges kulturelles Existenzminimum gewährleisten muss. Gemäß dem Prinzip der Solidarität muss der Starke bereit sein, dem Schwachen beizustehen, der Gesunde dem Kranken, der Glückliche dem Unglücklichen. Die sozialstaatlichen Leistungen umfassen heute ungefähr ein Drittel des gesamten Sozialprodukts. Besonders bedenklich ist, dass seit fast dreißig Jahren die Ausweitung der Sozialleistungen zum Teil durch eine vermehrte Staatsverschuldung finanziert wird. Die Deutsche Bischofskonferenz hat in einem Hirtenbrief schon 1980 – sehr zum Ärger des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt – vor einer „gefährlich hohen Staatsverschuldung“ gewarnt.



Elisabeth Noelle-Neumann: „Naturwissenschaftler wissen genau, wie zwei Atome in einem Molekül zusammengehalten werden. Was aber hält unsere Gesellschaft zusammen?“

zusammengefunden, die ihr Ziel, neben einer soliden Grundausbildung auch die christliche Werteerziehung zu sichern, beharrlich und erfolgreich verfolgten.“⁷ Angesichts dessen, was Kinder heute in der Schule zum Beispiel im Sexualkundeunterricht lernen oder nicht lernen, sollte dieses Beispiel viele Nachahmer finden, auch wenn dies in Berlin monatlich 42 Euro für die Grundschule und

Kindesalter beginnenden Medienkonsumismus ausrichten. Der frühere niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer, heute Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts des Landes Niedersachsen, hat sich intensiv mit der Wechselbeziehung zwischen Medienkonsum und Schulleistungen befasst. Er kam u.a. zu folgenden Ergebnissen: Im Durchschnitt beschäftigen sich 14-jährige

Dies sieht inzwischen der derzeitige Finanzminister genauso wie die Bischöfe schon 1980, längst aber nicht alle Politiker.

Am Beginn der Neuzeit sagte Francis Bacon: Wissen ist Macht! Heute meinen manche: Nichts wissen macht auch nichts, wir haben ja den Sozialstaat! Der Sozialstaat ist auch in Zukunft um der wirklich Schwachen willen unabdingbar. Seine subsidiäre Basis ist jedoch zu schmal geworden, um den solidarischen Überbau im bisherigen Umfang auf Dauer zu sichern. Wir brauchen deshalb eine Kurskorrektur vom Übergewicht staatlich organisierter Solidarität in Richtung auf stärkere Selbsthilfe und gesellschaftlich organisierte freiwillige Solidarität.¹⁰ Das bisher ausschließlich umlagefinanzierte Renten- und Krankenversicherungssystem lässt sich auf Dauer so nicht halten und muss durch private (betriebliche) Vorsorge ergänzt werden, auch wenn wir dafür auf eine zweite Urlaubsreise im Jahr verzichten müssen.¹¹ Schon heute müssten wir statt 19 ca. 27 % unserer Bruttolöhne für die Rentenzahlungen aufbringen, wenn dies nicht durch einen inzwischen auf über 40 % gestiegenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt verschleiert würde. Hier zum Beispiel wäre es Pflicht der Politiker, die Weichen zu stellen, statt die Auswirkungen des demographischen Niedergangs vor den Bürgern zu verheimlichen.

4. Wie steht es um die Zukunft der Familie?

Die Errungenschaften unserer Wohlstandsgesellschaft wurden zu einem beträchtlichen Teil mit Opfern erkaufte, die der Familie aufgebürdet wurden. Die humanen Ressourcen, die bisher von der Familie wie selbstverständlich vorgehalten wurden, sind jedoch einer gefährlichen Erosion ausgesetzt. Deshalb bedarf es eines gerechten Leistungsausgleichs für jene „externen“ wirtschaftlichen Leistungen der Familie, die der Gesamtheit der Gesellschaft zugute kommen.¹² Dabei wäre zu überlegen, ob alle bisherigen und weiteren familienpolitischen Leistungen in einem den Familien zur eigenen Verfügung überlassenen „Familienleistungsentgelt“ zusammengeführt werden

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn

**Ehe
und Familie
Erziehungs-
rechte
der Eltern**

können, um so diese wichtigste Zukunftsinvestition mit gesetzlicher Hilfe, aber ohne staatliche Bevormundung zu gewährleisten. Roman Herzog nannte die Familie einmal „die zukunftsreichste Bürgerbewegung“, die es gibt.¹³

Unser Grundgesetz stellt „Ehe und Familie“ unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Die Politik muss die dazu notwendigen und vom Bundesverfassungsgericht geforderten steuerrechtlichen und einkommensmäßigen Voraussetzungen schaffen, ohne damit die „Verstaatlichung“ der Familie im Sinne einer „Hoheit über die Kinderbetten“ zu betreiben. Wie man dem unter gegenwärtigen Bedingungen – allerdings nur trickreich – entgegen kann, konnte man unlängst einem Leserbrief der FAZ entnehmen: „Ich bin Vollzeitmutter von sechs Kindern. Drei Häuser weiter wohnt noch eine Vollzeitmutter von sechs Kindern. Sie ist Ärztin, ich bin Volljuristin. Norbert Blüm würde jetzt sagen: welch eine Verschwendung. Dennoch haben wir den Beruf Vollzeitmutter gewählt, weil es ein schöner und anspruchsvoller Beruf ist und unsere Kinder uns die volle Zeit brauchen, unabhängig von ihren Außenkontakten. Wir haben jetzt das Ei des Kolumbus. Ich zahle meiner Nachbarin monatlich 1.500 Euro und Sorge für ihre Kinder. Sie zahlt mir 1.500 Euro und umsorgt meine Kinder. Mit Renten und Versicherung und jeweils als Betreuungskosten steuerlich absetzbar. Dann haben wir endlich auch einen allgemein anerkannten Erwerbsberuf und sind nicht mehr von gestern [...]. Aber wann kommt das

Jugendamt und kontrolliert, ob wir am Ende listigerweise nicht doch unsere eigenen Kinder großziehen?“¹⁴

Beim Thema Familienpolitik ist auch darauf hinzuweisen: Die juristische sowie weitgehend auch gesellschaftliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher „Ehen“ entspricht nicht den Intentionen der Verfasser des Grundgesetzes und den ihnen zugrunde liegenden Wertvorstellungen. Insbesondere verstößt das verschiedentlich geforderte „Adoptionsrecht“ für solche „Lebensgemeinschaften“ gegen das Recht der Kinder, in einem Familienverbund im kulturell gewollten und bewährten Sinn aufzuwachsen.

5. Wie steht es um die Zukunft unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt?

In den westlichen Wachstums- und Wohlstandsgesellschaften galt bis dato die Maxime, dass Einkommen in der Regel steigen, aber nie absinken können. Allmählich ahnen wir, dass in einer offenen Weltgesellschaft die Menschen in den ökonomisch reichsten Staaten keine Ewigkeitsgarantie ihres Wohlstandsniveaus erwarten können. Die Bewährung der Sozialen Marktwirtschaft wird in Zukunft darin bestehen, dass Freiheit und Gerechtigkeit auch bei tendenziell nicht mehr steigenden, sondern vielleicht sogar zurückgehenden Einkommen durchgehalten werden. Dabei wird es vor allem auf eine neue Mentalität der Bejahung von Freiheit, Kreativität, Sparsamkeit, Bildungswille und Eigeninitiative ankommen.

Die kirchliche Sozialverkündigung plädiert für ein „Wirtschaftssystem [...], das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt“ (Centesimus annus 42,2). Sie betont genauso, dass die „wirtschaftliche Freiheit [...] in eine feste Rechtsordnung eingebunden“ werden muss (CA 42,2; 48,1), wie dies in einer sozialen Marktwirtschaft der Fall ist. Auch im Bereich der Wirtschaft geht

es also darum, dass Staat und Gesellschaft jeweils das tun, wofür sie „zuständig“ sind. Für Arbeitsplätze und Tariflöhne, seien es „Mindest“- oder „Höchstlöhne“, zum Beispiel sind in erster Linie die Tarifpartner und nicht der Staat verantwortlich. Dabei sind Unternehmer, Gewerkschafter und Betriebsräte nötig, die in schlechten Zeiten ihr Unternehmen notfalls auch durch Mehrarbeit und Einkommensverzichte retten. Die aber ebenso bereit sind, in guten Zeiten die Gewinne zwischen Unternehmern, Anteilseignern und Mitarbeitern so zu teilen, dass keiner sagen kann, er

werde übers Ohr gehauen.¹⁵ Gewinnbeteiligung und breite Streuung des Eigentums sind Kernforderungen kirchlicher Sozialverkündigung seit über 70 Jahren (vgl. QA 65).

Wir haben uns in einem groben Überblick „Politik für unsere Zukunft“ auf fünf wichtige Bereiche unserer Innenpolitik beschränkt und die großen Fragen der Europa- und Weltpolitik ausgeklammert. Dabei wurde deutlich, wie wenig rein politisch-technische Lösungen helfen, wenn der entsprechende moralische Unterbau wegbricht. Insofern kann man formulieren: Je unmoralischer eine Gesellschaft wird, desto lauter schreit sie nach dem Staat, desto teurer wird dieser und desto weniger kann er für sie tun. Wenn man für jeden Steuerhinterzieher einen Steuerfahnder, für jeden Alkohol- oder Drogenabhängigen einen Therapeuten, für jeden Schläger einen Polizisten, für jeden Kinderpornographen einen Detektiv bezahlen muss – und nur so die Gesellschaft einigermaßen „in Ordnung“ zu halten wäre –, dann ist deren Zusammenbruch abzusehen, schon aus finanziellen Gründen: Ein Staat ohne Moral ist unfinanzierbar.

Fortsetzung folgt



Vortrag auf dem Kongress „Freude am Glauben“ am 13. September 2008 in Fulda

¹ Andreas Püttmann, der vielen Teilnehmern dieses Kongresses gut bekannt ist, schrieb kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ): „Zum schlechten Ruf des Politikers gehört, dass er es mit der Wahrheit nicht so genau nehme, weil er ja dauernd an die nächsten Wahlen denke und, um diese zu gewinnen, zu falschen Versprechungen oder zu Vertuschungsversuchen neige. Was wiederum ein Negativklischee des Wählers unter Politikern voraussetzt: Dass sie (die Wähler) unangenehme Wahrheiten nicht hören wollten und an der Urne nicht honorierten.“ Siehe FAZ, 26.8.2008, Nr. 199, S. 42.

² Von den Gesundheitsausgaben in Höhe von 236 Mrd. Euro entfielen im Jahr 2006 ca. 111 Mrd. Euro, also fast die Hälfte, auf Menschen über 65 Jahre (gpk 8/2008, S. 18).

³ Außerdem geht die Zeit des ewigen Wirtschaftswachstums zu Ende. Sie ist ohnehin eine statistische Täuschung. Denn wir müssen schon jetzt ca. ein Viertel des Sozialprodukts dafür verwenden, um jene Schäden zu reparieren, die wir durch die Produktion und den Konsum der übrigen drei Viertel verursachen. Denn z.B. sämtliche Ausgaben für den Umweltschutz und die Regulierung der Personen- und Sachschäden der Autounfälle erhöhen nominell

das Sozialprodukt und zählen folglich zum sogenannten ‚Wachstum‘ unserer Wirtschaft.

⁴ So wies der SPD-Politiker Klaus von Dohnany im DLF am 8.9. darauf hin, dass „unsere“ Porsche-Wagen zu zwei Dritteln in Tschechien produziert werden. Er erklärte außerdem, dass die durchschnittliche Arbeitsstunde in den USA 24 und bei uns 34 Euro kostet.

⁵ Vgl. Unter Feinden, in: Komma 52/2008, S. 24-27.

⁶ „In Berlin kommt inzwischen jeder dritte Schüler bewaffnet zum Unterricht und 59 % der Berliner Bürger fürchten sich, abends durch die Stadt zu gehen; der Staat wird seiner originären Aufgabe, Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum seiner Bürger zu schützen nicht mehr gerecht: Ein Heer von über 200000 Mitarbeitern privater Sicherheitsdienste macht dem Personalbestand der Polizei Konkurrenz“, so schrieb Andreas Püttmann vor über zehn Jahren. Daran hat sich inzwischen nichts geändert. Siehe Andreas Püttmann: Erosion des Wertbewusstseins. Symptome, Ursachen, Konsequenzen, in: Die Neue Ordnung 48 (1994), S. 113-128, hier S. 119f.

⁷ FAZ, 1.9.2008, Nr. 204, S. 35.

⁸ Vgl. dazu Rosemarie Bues: Recht auf Erziehung?, in: Die Tagespost, 28.8.2008, Nr.

104; Gabriele Kuby: Die Gender Revolution, Kisslegg 2008; dies.: Verstaatlichung der Erziehung. Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen, Kisslegg 2008.

⁹ Vgl. Christian Pfeiffer: Viel Fernsehen, wenig lernen – Wie sich Medienkonsum auf die Schulleistungen auswirkt, in: SWR 2 Wissen / Aula, 11.2.2007.

¹⁰ Vgl. These 7 des „Sozialwortes“ der Kirchen (1997).

¹¹ Vgl. dazu ausführlich Lothar Roos: Altersvorsorge und Vermögensbildung, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Zukunftsfähige Gesellschaft. Beiträge zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1998 (= Soziale Orientierung 12), S. 157-178.

¹² Vgl. dazu Familiengerechte Rente. Gutachten im Auftrag der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz zu einer familiengerechten Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2008 (= Arbeitshilfen 214).

¹³ Rede vor der EKD-Synode am 3.10.1998.

¹⁴ Quelle: Elisabeth Jünemann: Was ist dem Staat die Familie wert? Eine Betrachtung aus der Perspektive der Katholischen Soziallehre, in: Stimme der Familie 54 (2007), H. 3-4, S. 3-7.

Er hat gewarnt, „hart genug und klar“

*Fritz Michael Gerlich
zum 75. Todestag*



Albrecht Haushofer schrieb in seinen Moabiter Sonetten kurz vor seiner Erschießung: „Ich kannte früh des Jammers ganze Bahn. Ich hab gewarnt -- nicht hart genug und klar! Und heute weiß ich, was ich schuldig war.“ Diesen Vorwurf brauchte sich Fritz Michael Gerlich nicht zu machen.

Am 1. Juli 2009 ist es 75 Jahre her, dass Dr. Fritz Michael Gerlich im KZ Dachau auf Befehl Hitlers ermordet wurde. Gerlich ist einer der ersten Märtyrer, der im so genannten Dritten Reich wegen seines Eintretens für Wahrheit und Recht sterben musste. Daher ist er für alle Zeiten ein mahnendes Vorbild für jene Menschen, die in Versuchung geraten, sich trotz besserer Einsicht dem Ungeist der Zeit anzupassen.

Gerlich ist am 15. Februar 1883 in eine wohlhabende Kaufmannsfamilie in Stettin hineingeboren. Nach dem frühen Tod des Vaters verarmte die Familie. Im Jahre 1901 legte Fritz Gerlich das Abitur ab und ging gegen den Willen seiner Mutter zum Studium der Naturwissenschaften in das damals katholische München. Der streng calvinischen Mutter erschien das ultramontane München verdächtig, sie konnte sich jedoch gegen ihren Sohn nicht durchsetzen. In der Tat ist dem jungen Studenten die Lebensart in München und die südliche Atmosphäre der Stadt rasch ans Herz gewachsen. Nach dem Studium der Geschichte und der geschichtlichen Hilfswissenschaften trat er in den bayerischen Staatsdienst ein und wurde Archivrat. 1920 wurde er Chefredakteur der

„Münchener Neuesten Nachrichten“, der größten Zeitung Süddeutschlands. In der Zeit der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen vertrat er energisch die nationalen Interessen Deutschlands. Das bedeutete jedoch keinesfalls eine Nähe zu Hitler, wie fälschlicherweise gelegentlich behauptet wird. Gerlich konnte klar unterscheiden zwischen „national“ und „nationalsozialistisch“.

Als der Einfluss des nationalistisch eingestellten Hugenberg-Konzerns im Verlag der „Münchener Neuesten Nachrichten“ immer stärker wurde, bekam Gerlich mit seiner Stressemannschen Verständigungspolitik ernste Schwierigkeiten. Eine zusätzliche Herausforderung für Gerlich wurde bald der berühmte Fall der Neumann Resl von Konnersreuth. Er fuhr im September 1927 nach Konnersreuth, um den „Schwindel um die unerklärliche Heilung und Stigmatisierung der Neumann Resl aufzudecken.“ Doch das Ergebnis war anders. Gerlich kehrte nach München zurück und war von der Echtheit der Wundermale Christi am Leib der Neumann Resl überzeugt. Seine Beobachtungen und Erkenntnisse publizierte er in zahlreichen Zeitungsbeiträgen und in zwei Büchern. So sehr er die Neumann Resl darin verteidigte, brauchte er noch Jahre bis zur Konversion in die katholische Kirche. 1928 musste er aus politischen Gründen seinen Posten als Chefredakteur niederlegen. Inzwischen haben ihn Pater Ingbert Naab und Fürst zu Waldburg Zeil dazu gebracht, eine katholische Zeitung zu gründen, um Deutschland und vor allem die katholische Kirche vor dem Nationalsozialismus zu bewahren.

Diese Zeitung nannte sich „Der gerade Weg. Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.“ Gerlich konnte zwar die Machtübernahme Hitlers nicht verhindern. Aber in München und Bayern bekam Hitler nie eine Mehrheit. Gerlichs Wortwahl im Kampf gegen Hitler war überaus scharf, so dass sich Bischof Sproll darüber beklagte. Doch Kardinal Faulhaber verteidigte die harte Form des publizistischen Kampfes und unterstützte Gerlich. Dieser war in den Konnersreuther-Eichstätter Widerstandskreis inzwischen so verankert, dass er zum wichtigsten Gegenspieler Hitlers wurde. Gut gemeinte Warnungen, Gerlich solle ins Ausland fliehen, lehnte dieser ab.

Er sagte: „Für die Werte, für die ich kämpfe, muss ich notfalls auch mit dem Leben eintreten. Ich will meine Mitarbeiter nicht als Geiseln im Stich lassen.“ Sechs Wochen nach der Machtübernahme Hitlers in Berlin haben die Nazis auch in München ihre Diktatur durchgesetzt. Am nächsten Tag wurde Gerlich in seiner Redaktion überfallen, blutig geschlagen und verhaftet. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1934 wurde er ins KZ Dachau gebracht und dort erschossen. Gerlich hat sich dem Ungeist der Zeit, der in den Medien verbreitet wurde, entgegengestellt. Das hat ihn zwar das Leben gekostet, aber er hat dem Recht und der Wahrheit ein bleibendes Denkmal gesetzt. Warum wird er den Journalisten nicht als Seliger zum Vorbild gegeben?

Auch eine Benennung des Münchener Instituts zur Journalisten-Ausbildung nach Fritz Michael Gerlich würde sein Opfer fruchtbar machen. □

„Europa hat gewählt“

Wer ist Europa und wie hat Europa gewählt?

Von Nathanael Liminski, Brüssel

„Europa rückt nach rechts“ – so lautete die Zusammenfassung vieler Beobachter der Europawahlen vom 4. bis 7. Juni 2009. Die kurzen, scheinbar prägnanten Worte suggerieren, es gäbe ein großes Ganzes in Europa, das „europäische Volk“. Nicht wenige der alten und neuen Abgeordneten wähen sich als Volksvertreter eines solchen europäischen „Volks“. Dabei unterstellen sie den 500 Millionen Einwohnern von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eine gemeinsame Identität. Viele der Wahlberechtigten sehen jedoch genau darin eine Bevormundung durch die politische Klasse – und haben sich der Wahl verweigert.

Schwache Wahlbeteiligung trotz starker Wahlwerbung

In Deutschland betrug die Wahlbeteiligung 43,3 Prozent und lag damit voll im europäischen Trend. 43,24 Prozent aller Wahlberechtigten in ganz Europa haben von ihrem ersten Bürgerrecht Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist damit im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren etwa gleich geblieben. Viele Berufseuropäer sind erleichtert. Der Negativtrend der letzten Jahrzehnte scheint vorläufig gestoppt. Seit der Rekordwahlbeteiligung von knapp 66 Prozent bei den ersten direkten Europawahlen 1979 war dieser Indikator demokratischer Partizipation stetig gefallen. Stagnation wird in diesen Tagen des dauerhaften Niedergangs als Fortschritt gefeiert. Verschwiegen wird dabei, dass in diesem Jahr ungleich größere Anstrengungen unternommen worden waren, das Interesse der Bürger zu wecken und die Bedeutung des Europaparlaments in Erinnerung zu rufen. Eine finanzintensive Kampagne des Informationsbüros des Parlaments sowie der Kommission beinhaltete flächendeckende Plaka-

tierung, millionenfach gedruckte Broschüren, Fernsehspots sowie große Plastiken, die in den großen Städten aufgestellt wurden. Riesenhafte Hühnerchen in bekannter Supermarkt-Verpackung sollten das Thema Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz sowie dessen Behandlung durch das Europaparlament in Erinnerung rufen – und schienen doch nur die zu bestätigen, die Land auf Land ab Kritik an „den Geldverschwendern in Brüssel“ üben. Der Leiter des Münchner Informationsbüros, Jochen Kobusch, gibt sich selbstbewusst. Auf die Kritik angesprochen, sagte er: „Das war genau so geplant. Die Leute sollen diskutieren. Wir wollen provozieren.“ So sieht es wohl aus, wenn ein Parlament beim eigentlichen Souverän, dem Volk, um Aufmerksamkeit kämpfen muss.

Wahlgewinner trotz Stimmverlusten

Der Wahlabend hatte wie immer vor allem Gewinner. In Deutsch-

land feierte die SPD die geringere als befürchtete ausgefallene Wählerabwanderung zur Partei die LINKE. Gleichzeitig bewegt die Sozialdemokratie sich mit etwas über 20 Prozent längst nicht mehr auf dem Niveau einer Volkspartei. Ein Gewinn für die Demokratie insgesamt ist das nicht. CDU und CSU feierten den Einzug in Straßburg und Brüssel als „mit Abstand stärkste Kraft“. Sieben verlorene Mandate scheinen für die Merkel-Seehofer-Union ver-schmerzbar zu sein. Lauscht man nur noch den Verlautbarungen von CDU-Generalsekretär Pofalla vom Wahlabend, sieht man die Union schon als Trägerin einer absoluten Mehrheit bei den Bundestagswahlen im September ins Ziel gehen. Feldumfragen im wertkonservativen Bereich verraten jedoch, dass viele Christen bei der Europawahl noch einmal zähneknirschend das Kreuz bei der Union gemacht haben – aus Liebe zu Europa. Merkel lieben diese Wähler jedoch nicht. Und ihre Liebe zu Deutschland legt ihnen ein Kreuz



bei der Merkel-Union auch nicht nahe. Im Gegenteil: Im Kanzleramt geht man von 200.000 verlorenen Stimmen allein wegen der Papst-Schelke der Kanzlerin aus. Dabei noch nicht berücksichtigt sind andere Reizthemen wie die Verschiebung des Stichtags in der Forschung mit humanen Stammzellen und die Familienpolitik. Die Union entfremdet sich von ihrem wertkonservativen Kern. Der wird von Parteistrategen im Adenauerhaus fatalerweise als „rechter Rand“ abgekanzelt.

Gewinner der Wahl: Die „Sonstigen“

Doch zurück zur Europawahl: Wirkliche Gewinner dieses bundesweiten Urnengangs sind die FDP, die LINKE sowie die Grünen. Und – mehr als all diese zusammen – solche Parteien, die unter „Sonstige“ verbucht werden. Das sollte zu denken geben. Krasser noch fällt dieses Phänomen im gesamteuropäischen Kontext aus: Während bis auf die Grünen sämtliche bisherigen Fraktionen in Straßburg Federn lassen müssen, steigt der Anteil „anderer Parteien“ von 3,8 auf 12,6 Prozent, also um mehr als das Dreifache. Es sind vor allem Protestparteien, die aus ganz Europa Vertreter in diese immerhin 93 Mandate starke „Fraktion“ entsenden. An die etablierten Europa-Parteien – und dieses Prädikat nehmen nach Auskunft der Wahlprogramme alle großen deut-

schen Parteien für sich in Anspruch – stellt diese Zusammenschau unangenehme Fragen.

Europa vor der Demokratie-Probe?

Gleichbleibend niedrige Wahlbeteiligung trotz großer Anstrengungen, Vervielfachung der Stimmen für Parteien, die man fast schon als APO (außerparlamentarische Opposition) bezeichnen kann – steht Europas Demokratie auf dem Prüfstand? Der Lissabon-Kläger Peter Gauweiler sieht das so. Vielen gilt er als der „Anti-Europäer“ schlechthin. Im Gespräch mit dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein, dem mittelfränkischen Europaabgeordneten Martin Kastler und dem Autor gab er jedoch ein anderes Bild ab. Er warb für den europäischen Volksentscheid, Direktwahlkreise für Europaabgeordnete und dafür, Europa realistisch zu gestalten. Jemand, der gegen Europa ist, redet anders. Gauweiler, der ein „demokratisches Europa“ fordert, klagt den Lissabon-Vertrag deshalb vor dem Bundesverfassungsgericht an, weil er ihn für unvereinbar mit dem Demokratie-Prinzip des Grundgesetzes hält. Hinter seiner Kritik steht ein uralter Grundsatz der Demokratie: „one man, one vote“. Derzeit jedoch zählt in der Europäischen Union die Stimme eines Maltesers mehr als zehn Mal so viel wie diejenige eines Deutschen – der Nizza-Vertrag macht's möglich.

Was nun, Europa?

Was tun? Die einen fordern die Anerkennung der Realität, die anderen wollen entschlossen weiter träumen. Der goldene Weg liegt wie so oft in der Mitte. Europa braucht Zeit. Die europäischen Nationen sind über Jahrhunderte gewachsen. Mancher Akteur in Brüssel und Straßburg muss einsehen, dass auf seinem Denkmal nicht stehen wird: „Er vollendete die Bildung des europäischen Volks.“ Man wird sich freimachen müssen davon, das Projekt Europa der eigenen Biographie und Legendenbildung zu unterwerfen. Dennoch: Der Einsatz für Europa ist richtig. Die europäischen Völker haben vieles gemein. Nicht zuletzt die gemeinsame Religion des Christentums. Die darf nicht auf eine gemeinsame „Kultur“ reduziert werden. Sicher, die Trennung von Staat und Religion ist eine Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Doch das unternimmt man etwa dadurch, dass man öffentlich eingesteht, dass der Staat nach dem Böckenförde-Diktum von Voraussetzungen lebt, die er selbst zu schaffen nicht in der Lage ist. Es sind Voraussetzungen, die das Christentum geschaffen hat, die Christen geschaffen haben. Die Demokratie ist kein Abstraktum, und Völker sind keine anonymen Gebilde. Sie brauchen Identität. Die bildet sich jedoch auch durch die Abgrenzung von anderen. Gerade für scheinbar grenzenlos begeisterte Europäer sollte das Konsequenzen haben. Europa braucht Grenzen nach innen und nach außen – dann kann es zusammenwachsen. Vielleicht so sehr, dass eines Tages der Sprecher bei den dann längst zusammengelegten Nachrichten von ZDF und ARD zu Recht verkünden kann: „Europa hat gewählt.“ □



Seit 25 Jahren eine Gemeinschaft für die Kirche

Die Schweizerische katholische Volksbewegung Pro Ecclesia beging ihr Jubiläum

Es war im Jahr 1984. Die Schweiz erwartete Papst Johannes Paul II. Damals entstand ein Komitee mit dem Namen „Wir begrüßen den Heiligen Vater“ – ein Komitee, das bewusst ein Zeichen setzte: Wir wollen unsere Freude ausdrücken, dass sich der Papst auf den Weg gemacht hat, um unser Land zu besuchen, und damit auch unsere Freude ausdrücken, der römisch-katholischen Kirche anzugehören. Aus dem Komitee entwickelte sich ein Nachfolgeverein und daraus schließlich rund fünf Jahre später die „Katholische Volksbewegung Pro Ecclesia“. Am 9. Mai 2009 feierte diese Volksbewegung, die sich für den katholischen Glauben in seiner ganzen Fülle mit vielfältigen Angeboten und Aktivitäten einsetzt, bei ihrem Einkehrtag in Einsiedeln ihr 25-Jahr-Jubiläum.

Dienst am Reich Gottes und an der Kirche

Am Anfang dieses Tages stand der Dank an Gott für diese Zeit und die Bitte um seinen Beistand für Gegenwart und Zukunft bei der Feier der heiligen Messe in der Basilika von Einsiedeln. Erzbischof Wolfgang Haas war aus seiner Diözese Vaduz gekommen, um als Hauptzelebrant mit einer großen Zahl von Priestern und gläubigem Volk zu feiern. Eine besondere Überraschung beim Gottesdienst war auch die Anwesenheit von vier Schweizergardisten, an deren verantwortungsvollen Dienst für den Papst Erzbischof Haas in seiner Predigt erinnerte. Es sei eine Ehre, so der Vaduzer Oberhirte, dass gerade die Schweiz diese Garde stelle, die dem Heiligen Vater diene.

Die Verbundenheit der Pro Ecclesia Schweiz mit den Nachfolgern des heiligen Petrus drückte denn auch das Leitwort des Einkehrtages aus: „Du bist Petrus, der Fels, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen.“

Wie sehr unser Heiliger Vater Papst Benedikt XVI. im Dienst der Botschaft Jesu Christi steht, das machte Erzbischof Wolfgang Haas in seiner Predigt deutlich. Unter anderem lenkte er den Blick auf den Nahen Osten, wo der Pontifex sich am Tag des Einkehrtags aufhielt, um sich dort für den Frieden einzusetzen. Dieser Frieden, für den der Papst steht – so Erzbischof Wolfgang – ist ein Frieden, den die Welt nicht geben kann, sondern nur Gott. Gleichwohl sei aber das der wahre Frieden.

Dienst für den Papst ist immer auch Dienst am Reich Gottes. Das wurde in der Predigt des Vaduzer Oberhirten deutlich. Doch Christen machen immer wieder die Erfahrung, dass die Botschaft vom Reich Gottes oft genug nicht gern gehört wird. Es ist also schwierig, dem Reich Gottes zu dienen, aber gerade in dieser Situation, so Erzbischof Wolfgang, ist es wichtig, den Glauben überzeugend zu leben. Und auch, wenn nicht wenige Mitglieder der Pro Ecclesia schon etwas betagt sind und die Volksbewegung vielleicht auch eine kleine Herde ist, soll das nicht beunruhigen. Erzbischof Wolfgang warnte davor, sich auf Statistiken zu konzentrieren. Stattdessen ermutigte er zu ansteckender Glaubensfreude und lud jeden dazu ein, mit seiner persönlichen Berufung Zeuge Jesu Christi zu sein; denn alle haben von Gott Talente bekommen, um an seinem Reich mitzubauen.

Bekenntnis zum mystischen Leib Christi

Wie sehr dieser Aufbau des Gottesreiches gemeinsam mit den Hirten Anliegen der Pro Ecclesia ist, wurde im Vortrag des Präsidenten lic. iur. Herbert Meier deutlich. In der Pro Ecclesia gebe es keine Kluft zwischen Laien und Klerus, stellte der Pro Ecclesia-Präsident heraus. Die Hirten seien der Herde und die Herde sei den Hirten in christlicher Liebe verbunden. Zwar wären die Menschen in der Katholischen Volksbewegung verschieden, gleichwohl eine sie alle die Liebe zu Christus und seiner Kirche. Dass beides – nämlich die Kirche und Christus – untrennbar verbunden, ja eins seien, stellte Meier im weiteren Verlauf seines Vortrags heraus.

Wer nämlich Christus in rechter Weise, also ganz und gar und damit katholisch annehme, stehe in Seiner Nachfolge und sei damit Teil des mystischen Leibes, dessen Haupt der Herr selber ist. Dieser mystische Leib ist aber nichts anderes als die Kirche. Jener Kirche hat der Herr versprochen, auf ewig bei ihr zu sein – und er ist es ja auch, vor allem im allerheiligsten Altarssakrament. Natürlich sind die Menschen in der Kirche nicht ohne Fehler, sie müssen sich – wie freilich auch alle anderen – hüten, sich von der Macht und Herrlichkeit der Welt verführen zu lassen: Das sei gerade in unserer Zeit eine Verführung durch den Zeitgeist, respektive auch durch den Gremien- und Sitzungskatholizismus, der vielerorts in den Pfarreien Realität ist und oft genug dem Priester Zeit stehle, die er an sich für Gebet und Seelsorge nutzen sollte.

Auch das Neue Testament zeige, so machte Meier deutlich, den un-



Markus Carloni, Präsident von Pro Ecclesia



Festgottesdienst mit Erzbischof Wolfgang Haas, Vaduz

trennbaren Zusammenhang zwischen Christus und der Kirche – einer Kirche, wie sie in der katholischen verwirklicht ist. Die in der Bibel genannte Kirche sei kein leerer Raum ohne Mittler, sie ist vielmehr eine Wirklichkeit, mit Sinn gebenden sichtbaren Zeichen, die Gottesbegegnung möglich macht, die Gnaden schenkt und Trost gibt. Die Verkündigung in dieser Kirche soll sich an der Liebe und der Glaubenswahrheit, den Glaubensinhalten orientieren. Damit sei eine Liebe ohne die Verkündigung des Glaubens genauso falsch wie die Glaubensverkündigung ohne Liebe. Genau in dieser Haltung müsse man sich der Glaubenskrise unserer Zeit zu stellen.

Um der Krise in rechter Weise zu begegnen, um die Neuevangelisierung voranzutreiben, sei vor allem das Zeugnis unerlässlich. Darüber hinaus müsse sich auch jeder bewusst sein, dass die Umkehr der Herzen nicht Menschen-, sondern Gottes Werk sei. Zentral sei insofern gerade das Gebet.

Resignation freilich sei ganz und gar nicht angebracht. Aber es gelte auch, dass die Kirche von Kreuzigung zu Kreuzigung siege. Die Annahme des Kreuzes ist und bleibt christliche Aufgabe, und nur auf diese Weise kann der Glaube Frucht tragen – ein Mysterium, das eine Welt, die sich nicht auf das Geheimnis Jesu Christi einlässt, kaum begreifen wird.

Zeugnisse, die Hoffnung geben

Es war eine Rede, die zum Dienst an unserem göttlichen Schöpfer und Erlöser herausforderte – eine Rede, die auch zeigte, dass dieser Dienst für Christus und seinen mystischen Leib nicht bequem ist, aber im Glauben

an Seine Liebe möglich ist. Dabei ist auch die Erfahrung hilfreich, dass wir Christen auf unserem Weg nicht allein sind. Nicht nur Gott ist bei uns, sondern auch viele Menschen, denen der Dienst am Glauben ebenfalls am Herzen liegt. Dies kann man immer bei den Pro-Ecclesia-Einkehrtagen erfahren.

Beim Jubiläumseinkehrtag hatten sich die verantwortlichen Organisatoren aber noch etwas Besonderes überlegt. Ein junger Priester berichtete über seinen Weg zum Katholizismus und zum Priesterberuf. Ursprünglich, so erzählte er, war er ein Fünf-Sterne-Koch in einem Nobelhotel. Dort habe er einen Mitarbeiter kennengelernt, der ihm begeistert von seinen Lourdeswallfahrten erzählte. Das steckte an. Der Referent berichtete, dass er, ursprünglich reformierten Bekenntnisses, aber in seiner Gemeinschaft nicht recht verwurzelt, auf seinem weiteren Weg zur katholischen Kirche fand und mehr und mehr die Berufung zum Priestertum spürte. Mittlerweile hat er das Weihesakrament empfangen und steht freudig im Dienst Jesu Christi. Und in seinem Vortrag ermutigte er dann auch die interessierten Hörerinnen und Hörer dazu, sich nicht zu scheuen, anderen von ihrem Glauben zu erzählen. Natürlich braucht es ein inneres Gespür und die Fähigkeit der Unterscheidung der Geister, um festzustellen, wo es sinnvoll ist, ein persönliches Zeugnis zu geben – aber, so gab der junge Priester zu bedenken, wenn ihm nicht dieser Freund begegnet wäre, der ihm von Lourdes und vom katholischen Glaubensleben erzählt hat, sein Lebensweg wäre wohl ganz anders abgelaufen.

Den guten Kontakt der Pro Ecclesia mit dem „Forum deutscher Katholiken“, dem Zusammenschluss

von Vereinigungen in Deutschland, die sich dem katholischen Glauben und dem Heiligen Vater besonders verbunden fühlen, drückte der Vorsitzende des Forums Prof. Dr. Hubert Gindert aus. In seiner Ansprache wies auch er auf erfreuliche Entwicklungen in Deutschland hin – so etwa auf den Einsatz vieler geistlicher Gemeinschaften für den Glauben oder auf die Initiative für den Religionsunterricht „Pro Reli“ in Berlin. Sie habe zwar nicht ihr Ziel erreicht, erfreulich sei aber, dass es immer wieder einsatzfreudige Christen gäbe, die sich für solche Initiativen einsetzen. Als gutes Zeichen wertete Prof. Gindert auch, dass der vorgeschlagene neue Vorsitzende des „Zentralkomitees der Deutschen Katholiken“, der kirchenkritische Heinz Wilhelm Brockmann, von der Deutschen Bischofskonferenz nicht mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit bestätigt wurde.

Ermutigendes sagte auch Erzbischof Wolfgang Haas bei seinem Schlusswort. Erst kürzlich habe ihn ein Jugendlicher darum gebeten, ihm das Sakrament der Taufe zu spenden. Außerdem wies Erzbischof Wolfgang auf die Verbundenheit und Freundschaft in der Pro Ecclesia hin – ein gegenseitiges Miteinander, das in Christus mündet.

Die Pro Ecclesia kann also mit Zuversicht in ihre Zukunft blicken. Und auch wenn die Neuevangelisierung ein langer Weg ist – schon Jesus Christus selbst hat davon gesprochen, dass die ausgesäte Saat nur zu einem Teil wirkliche Frucht bringt –, so braucht das die Gläubigen nicht zu erschüttern. Wir dürfen sicher sein, dass Gott selbst sein Reich vollenden wird. Und wir dürfen uns über die Liebe Gottes freuen und darüber, dass auch wir bei Ihm unsere Vollendung finden. □

Das Trauerspiel ZdK

Eine gründliche Erneuerung ist notwendig

Die Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) am 8./9. Mai 2009 nahm einen teilweise dramatischen Verlauf, weil der designierte Nachfolger des bisherigen Präsidenten Meyer nicht die erforderliche Zustimmung von zwei Drittel der Diözesanbischöfe erhalten hatte. Die Bischöfe, die dem Präsidentschaftskandidaten nicht zustimmen konnten, erinnerten sich wohl an die Politik des ZdK, die vom Bewerber um das Amt des Präsidenten stets mitgetragen wurde. Das ZdK wird noch vom Präsidenten Meyer repräsentiert.

Er hat sich in den vergangenen Jahren zu wichtigen römischen Schreiben ablehnend geäußert. Ich möchte in dieser schnelllebigen und vergesslichen Zeit stichwortartig nur einige in Erinnerung rufen:

- Die Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester vom 15. August 1997
- Die Erklärung der Glaubenskongregation „Dominus Jesus“ vom 6. August 2000.

Gegenlehamt

Kardinal Ratzinger hatte nach der Reaktion des ZdK auf „Dominus Jesus“ dem Gremium vorgehalten, seine Kompetenzen zu überschreiten und sich immer mehr als eine Art Gegenlehamt darzustellen, weniger gegen die Bischöfe als gegen das Lehramt des Papstes.

In der Abtreibungsfrage wurde die päpstliche Verfügung zum Ausstieg aus der Schwangerenkonfliktberatung mit der Ausstellung des Beratungsscheins durch die Gründung von „Donum Vitae“ aktiv unterlaufen. Das ZdK hatte sich am 19.11.1999 mit 160 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen für „Donum Vitae“ ausgesprochen.

Heinz-Willhelm Brockmann, der vom ZDK designierte Nachfolger von Präsident Hans Joachim Meyer erhielt nicht die notwendige Zustimmung der Bischöfe.



Für die geringe Einsichtsfähigkeit des ZdK-Präsidenten ist bezeichnend, was er in einem Interview mit dem Rheinischen Merkur (Nr. 4-2003) zum Schreiben von Kardinal Ratzinger „Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“ geäußert hat. Der Rheinischen Merkur stellt sich die Frage:

„Auch beim Thema Abtreibung und Schwangerschaftskonfliktberatung – ein weiterer Punkt der Note – stellt sich die Frage. Sind künftig Positionen wie die des ZdK im Blick auf die Unterstützung von „Donum Vitae“ noch möglich?“

ZdK-Präsident Meyer:

„Ich sehe aufgrund der Note keinerlei Veranlassung, unsere Haltung zu ändern. Es ist niemals strittig gewesen, dass wir für den unbedingten Schutz des Lebens eintreten. Hier gibt es überhaupt keinen ethischen Dissens. Wohl gibt es Auffassungsunterschiede darüber, wie der ethische Grundsatz in unserer Gesellschaft erreicht und durchgesetzt werden kann. Es besteht für das ZdK keine Veranlassung, von unseren Argumenten abzuweichen.“

Das ZdK ist gesellschaftspolitisch ein Leichtgewicht. Wo es nicht Staats-

erfüllungsgelhilfe spielt, wie bei der Schwangerenkonfliktberatung, fährt es einen unklaren Kurs, der nach allen Seiten offen ist. Ein Beispiel war die Debatte um die Stichtagsregelung zur Änderung des Gesetzes zur verbrauchenden Embryonenforschung (Stammzellgesetz). Hier hielt das ZdK an der „prinzipiellen Ablehnung jeder verbrauchenden Embryonenforschung fest“ und setzte sich „für die Beibehaltung des bestehenden Stichtags ein“ (ZdK-Informationen 582/07 vom 26.11.07). Die Relativierung dieser Prinzipien hat Alois Glück, Präsident des Bayerischen Landtags und prominentes Mitglied des ZdK, so erläutert (Salzkörner 25.02.07): „Die Stichtagsregelung mit ihren strengen Begrenzungen und Auflagen wahrte den Charakter der besonders und einmaligen Ausnahmeregelung und damit den grundsätzlich absoluten Vorrang des Lebensschutzes vor allen anderen Zielen. Für meine Meinungsbildung war auch von Gewicht, dass es keine Regelung gibt, die ohne innere Widersprüchlichkeit ist ...“ Eine fortlaufende Anpassung „birgt die Gefahr, über die Stammzellforschung hinaus für den gesamten Bereich des Lebensschutzes die Beständigkeit und damit den Wert solcher Grenzziehungen zu relativieren ...“

ausdrücklich will ich festhalten, dass ich eine andere Position und auch die dafür sprechenden ethischen Gründe respektiere“.

Nun hatten wir aber zweifelsfrei bei der bisherigen Regelung der verbrauchenden embryonalen Stammzellforschung oder bei „Donum Vitae“ einen solchen Kompromiss. Hier zeigt sich einmal wieder, dass man auch mit weit aufgerissenen Augen blind herumlaufen kann.

Den Weltauftrag wahrnehmen!

Das ZdK ist ein Laiengremium. Laien haben in erster Linie einen Weltauftrag. Hier kommt ihnen Eigenständigkeit zu. Das ZdK äußert sich lieber als Quasi-Nebenlehramt zum Priestertum und Diakoniat der Frau, zur Abschaffung des Zölibats, zuletzt auch zur die Judenmission: Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen beim ZdK“ vom 2. März 2009. Diese Schrift trägt den Titel „Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog zwischen Juden und Christen“. Hier wird versucht „das christliche Nein zur Judenmission“ durch Relativierung klarer christlicher Aussagen zu begründen. Fälle von Machtmissbrauch von Seiten der Christen in der Vergangenheit sprechen nicht gegen den Missionsauftrag Christi, seine Botschaft „zu allen Völkern“ zu bringen. Der katholische Bischof für die Ökumene, Gerhard Ludwig Müller von Regensburg, hat zur Erklärung des ZdK klargestellt, dass Jesus unzweifelhaft Juden und Heiden in die Kirche gerufen hat. Die Erklärung des Gesprächskreises des ZdK beachtet aus opportunistischen Gründen den allgemeinen Missionsauftrag Christi nicht mehr. Es ist ein Verrat am eindeutigen Wort Christi (Mt 28,19).

Fehlende kirchliche Gesinnung

Dem ZdK fehlt es an kirchlicher Gesinnung. Hier ist an die „Kriterien der Kirchlichkeit für die Zusammenschlüsse von Laien“ zu erinnern, wie sie im Schreiben von Papst Johannes Paul II. „Christifideles laici“ über die „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ aufgeführt sind. Darin werden „Anhänglichkeit zum Papst, dem bleibenden Prinzip der Einheit der Universalkirche, und zum

Bischof, dem sichtbaren Prinzip und Fundament der Einheit in der Teilkirche“, gefordert. Diese „Einheit mit dem Papst und mit dem Bischof muss sich äußern in der aufrichtigen Bereitschaft, ihr Lehramt und ihre pastoralen Richtlinien anzunehmen“ (Ziff. 30).

Wo bleiben die Konsequenzen?

Nun behauptet niemand, allen Mitgliedern des ZdK fehle es an kirchlicher Gesinnung; – nur, solche Mitglieder stellen eine unbedeutende Minderheit dar, die den Kurs des ZdK nicht bestimmen kann. Im ZdK sind über 90 katholische Verbände und Organisationen vertreten. Keiner unterstellt diesen Gemeinschaften, sie würden ausnahmslos die Politik des ZdK so bedingungslos unterstützen wie beispielsweise der BDKJ. Aber, so muss doch gefragt werden, warum hat keine dieser katholischen Organisationen unter Protest das ZdK verlassen, als Präsident Meyer den Tag der Veröffentlichung der „Laieninstruktion“ als einen „dunklen Tag für die deutschen Katholiken“ bezeichnet und die Katholiken offen zum Widerstand gegen Rom aufgerufen hat?

Der Diözesanratsvertreter der Erzdiözese Bamberg, Bernhard Mauser, Präsident der Ordensprovinz Bayern des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem, erklärte am 8. Mai 2009 zu Beginn der Aussprache, eine „Sperrminorität“ der Bischöfe wolle den Laien „den Krieg erklären“. Es handele sich um eine „Scharia“ auf katholisch (Tagespost, 12.5.09). Dafür wurde er von der Sitzungsleitung zurechtgewiesen. Kein Gremium von Katholiken kann es sich leisten, wenn es überhaupt noch ernst genommen werden will, solche Verbalattacken hinzunehmen. Mauser wird Präsident der Bayerischen Ordensprovinz des Ritterordens vom Heiligen Grab von Jerusalem bleiben. Es wird keine Konsequenzen geben.

Das Problem der Katholischen Kirche in Deutschland ist nicht, dass schwerwiegende Fehler in der Vergangenheit geschehen sind, sondern dass sie nicht korrigiert werden. Die verweigerte Zustimmung von Bischöfen zum vorgesehenen neuen ZdK-Präsidenten ist für loyale und romtreue Katholiken ein Hoffnungszeichen! □



Klare Stellungnahme

Domkapitular Prälat Dr. Bertram Meier, Beauftragter der Freisinger Bischofskonferenz für das Landeskomitee der Katholiken in Bayern hat auf die Unvereinbarkeit kirchlicher Funktionen mit einem Engagement in der Organisation „Donum Vitae“ hingewiesen (IBA, 4.6.2009): „Die deutschen Bischöfe haben in ihrer Erklärung vom 20. Juni 2006 festgelegt, dass es sich bei dem privaten Verein Donum Vitae um eine Vereinigung außerhalb der Katholischen Kirche handelt und eine Mitwirkung in diesem Verein im Sinne der Klarheit des kirchlichen Zeugnisses für den Lebensschutz für kirchliche Funktionsträger nicht gestattet ist“. Dies gelte auch für Funktionsträger in kirchlichen Laienorganisationen. „Wer sich in kirchlichen Gremien als Katholik engagiert, muss wesentliche Grundpositionen des kirchlichen Lehramtes uneingeschränkt mittragen ...“ Funktionsträger von „Donum Vitae“ dürften, so Prälat Meier, deshalb auch nicht in katholische Laiengremien gewählt werden.

Wehret den Anfängen!

Wer in diesem Land für die Wahrung der Meinungs- und Redefreiheit eintritt, ist der „Akademie für Psychotherapie und Seelsorge“ (APS) zu Dank verpflichtet, weil sie dem Meinungsterror widerstanden und an ihrem Kongress in Marburg festgehalten hat.

Die Mitglieder der APS als Veranstalter bekennen sich zu den Grundsätzen der Evangelischen Allianz. Der Kongress wurde von der Hessischen Ärztekammer als Fortbildungsveranstaltung anerkannt. Das zentrale Kongress-thema war die „Identität“. Für dieses Thema spielt zweifellos die Sexualität in ihren verschiedenen Formen eine prägende Rolle. Daher ist auch die Homosexualität ein Aspekt eines solchen Kongresses. Ob man Homosexualität als Krankheit bezeichnen kann, hängt auch davon ab, wie Gesundheit definiert wird. Eine weitere Frage ist dann, ob Homosexualität heilbar ist. Alles Fragen, die auf einem wissenschaftlichen Forum von Fachleuten zu beleuchten sind.

Welche Aufgabe hat der Mensch in Bezug auf seine geschlechtliche Identität? Nach der Lehre der Katholischen Kirche „hat Gott den Menschen als Mann und Frau mit gleicher personaler Würde geschaffen und ihm die Berufung zur Liebe und Gemeinschaft eingeprägt. Jeder Mensch muss seine geschlechtliche Identität annehmen und ihre Bedeutung für die ganze Person, ihre spezifische Eigenart für Mann und Frau sowie ihre gegenseitige Ergänzung anerkennen“ (Katechismus der Katholischen Kirche, Compendium Ziff 487).

Auf dem Prüfstand

Gegen die selbstverständliche Meinungs- und Redefreiheit bildete sich in Marburg eine Initiative „Kein Raum für Sexismus und Homophobie“, die bereits im Vorfeld mit Einschüchterungs- und Terrormaßnahmen diese verfassungsmäßigen Grundfreiheiten unterlaufen wollte. Dazu zählt u.a., dass „mehr als 40 Häuser mit einem gekreuzigten Schwein sowie mit den Worten ‚Jesus, du Opfer‘ beschmiert“ wurden (FAZ, 21.05.09). Die genannte Initiative rief mit dem allgemeinen Studentenausschuss (AStA) der Marburger Universität zu einer Demonstration am Kongressbeginn, nämlich am Christi Himmelfahrtstag, auf. Erschütternd ist, dass Studenten zu einer Demonstration für die Unfreiheit aufgerufen haben. Aus den 1000 Demonstranten ragten die „Jusos“, die Partei „Die Linke“ sowie die linke Jugendorganisation „Solid“ mit ihren Fahnen heraus. Die laut skandierten Parolen „Maria, hätt‘st du abgetrieben, wär uns das erspart geblieben“ und „Christenfisten“ zeigen, wes Geistes Kind diese Demonstranten sind.

Die Demonstration in Marburg ist kein Ereignis, das wir schnell vergessen sollten. Dazu steht zuviel auf dem Spiel. Wer zu solchen Terror- und Einschüchterungsmaßnahmen greift, hat nicht die Verteidigung des Rechtsstaates im Visier, sondern das Gegenteil. Nach allen historischen Erfahrungen kann man sich Toleranz von Totalitären nicht durch Zugeständnisse erkaufen. Hätte in Marburg die Straße triumphiert, wäre die nächste Katastrophe vorprogrammiert gewesen. Der Rechtsstaat wird nicht allein nicht durch Verfassungen garantiert, sondern durch Bürger, die notfalls mit ihrem Einsatz die verfassungsmäßigen Rechte verteidigen. Deswegen gebührt dem Veranstalter des Kongresses Dank, aber auch den rund 1000 Unterzeichnern der Initiative „Für Freiheit und Selbstbestimmung“, die der APS den Rücken gestärkt hat. Vermisst haben wir in den wochenlangen Diskussionen, die dem Kongress vorausgingen, Stellungnahmen von Spitzenpolitikern und auch von Kirchenführern, die sich oft bei viel geringeren Anlässen zu Wort melden.

Beschwichtigungen, man solle das Ganze nicht überbewerten und die Ereignisse von Marburg nicht so hoch hängen, liegen daneben. Natürlich können die Gegner unserer Grundfreiheiten niemand auf die Guillotine schicken. Aber auch die französische Revolution begann gemäßigt. Als sich die Politik immer mehr radikalisierte, wurde die gemäßigte Mehrheit von der radikalen jakobinischen Minderheit entmachtet und verjagt. Noch werden subtilere Methoden der Vernichtung praktiziert. Wehret den Anfängen! *Hubert Gindert*

Kongress „Freude am Glauben“ 2009

vom 11. bis 13. September in Aschaffenburg

Thema: „Mit einer starken Kirche die Gesellschaft verändern“

Zimmerbestellung:

- Stadthalle am Schloss Aschaffenburg, Kongress- und Touristikbetriebe der Stadt Aschaffenburg, Tel.: 06021/395-800 oder 801, Fax: 06021/395-802, oder E-Mail: tourist@info-aschaffenburg.de; Bitte bis 15.8.2009 buchen.
- private Zimmer werden vermittelt über: Tel.: 06021-23628 oder email: ursula.zoeller@t-online.de

Forum Deutscher Katholiken · Eichendorffstr. 17 · 86916 Kaufering ·

Spendenkonto 5836000 · BLZ 72020070 Hypo-Vereinsbank Landsberg

Radio Horeb: Einladung ins neue Studio

Im Programmheft Juni von Radio Horeb berichtete Programmdirektor Pfr. Dr. Richard Kocher über das neue Studio des Senders, verbunden mit der Einladung zu Einweihung und Besichtigung am 25. Juli (Radio Horeb, Postfach 1165, D-87501 Immenstadt):

Sobald wir uns aufgrund des Platzmangels nach viel Gebet und intensiven Beratungen für die Errichtung eines neuen Studios in Balderschwang entschieden hatten, ging es Schlag auf Schlag. Es öffneten sich Türen in einer Weise, wie es für die Fügungen des Herrn typisch ist. Dank einer Erbschaft und der Unterstützung eines langjährigen Förderers verfügten wir über die nötige Eigenkapitalbasis, um das Projekt überhaupt in Angriff nehmen zu können. Das Grundstück konnten wir von der Diözese preisgünstig erwerben. Nach dem Spatenstich am 18. August als symbolischem Akt des Baubeginns konnte ich das Wachstum der Neubaus täglich beobachten. (...)

Trotz vielem, was wir in den zurückliegenden zwölf Jahren erreicht haben (die Zuhörer bestätigen es uns täglich), bin ich der Überzeugung, dass das eigentliche Wachstum des Senders erst noch bevorsteht und das neue Medienhaus die Basis hierfür bildet. Wenn sich alles eingespielt hat und ein neuer Mitarbeiter für die Redaktion gefunden ist, werden sich einige neue Möglichkeiten auftun. Lassen Sie sich überraschen! Ich habe noch viele Ideen auf Lager ...

Nun ist es also endlich soweit: Das neue Medienhaus, bestehend aus den redaktionellen und technischen Büros, einem Konferenz- und Aufenthaltsraum mit Küche, drei Gästezimmern, mehreren Studio- und Senderäumen sowie einer Kapelle steht Ihnen am Samstag, dem 25.7.2009, ab 10.00 Uhr zur Feier und anschließenden Besichtigung offen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich mit mir auf die Begegnung. (...)

Abgedrftet

Unter dem Titel „60 Jahre später: Deutschland ist gedriftet“ gab der Politikwissenschaftler Dr. Andreas Püttmann anlässlich des Jubiläums „60 Jahre Grundgesetz“ in „komma“ einen Überblick über die gesellschaftlichen Entwicklungen in diesen 60 Jahren („komma“ 61/2009, S.16 ff; Goethestr.5, D-52064 Aachen). Hier einige seiner Beobachtungen:

Zeit im Spektrum

(...) Als ich mich für das Politikstudium entschied, waren die politischen Debatten noch sehr weltanschaulich geprägt. Politik konnte in gewissem Sinne als Fortsetzung der Religion mit anderen Mitteln beschrieben werden. Nicht umsonst führten die Wege von der kirchlichen Jugendarbeit oft nahtlos ins politische Engagement. Der Soziologe Gerhard Schmidtchen („Was den Deutschen heilig ist“) nannte die SPD damals in einer zunächst irritierenden Gegenüberstellung die „Partei der Sterblichen“ und die CDU die „Partei der Unsterblichen“: Unter der Käseglocke eines rein diesseitigen Bewusstseins prägen dich eben andere politische Ziele aus als sub specie aeternitatis, unter dem Horizont, der auf das Jenseits und das Ewige hin offen ist.

Die Christdemokraten kämpften in den 70er Jahren an der Seite der Kirchen mit Erfolg vor dem höchsten Gericht gegen eine reine „Fristenlösung“ beim Schwangerschaftsabbruch. Heute nennt die CDU-Vorsitzende auf Anfrage unsere nur leicht verklausulierte Fristenlösung eine „glücklicherweise“ gefundene Regelung zum Schutz des Lebens – und mied das Thema Abtreibung in einem Vortrag über das „C“ ihrer Partei lieber ganz. Auf die Journalistenfrage nach ihrer Sonntagsgestaltung fiel ihr nur „Auschlafen“ und „Nachdenken“ ein. (...)

In der politischen Arena schwinden „Überzeugungstäter“ und tummeln sich Macher und Marketingexperten. Die Parteien werden so ununterscheidbarer – und unattraktiver für Idealisten und moralisch geleitete Charaktere. (...)

Ein Problem der Kirchen

Im Gastkommentar der „Katholischen Sonntagszeitung“ vom 13./14. Juni schrieb Bernadette Droste, Ministerialdirigent in Bonn, anlässlich des „Supervwahljahres 2009“ zur schwindenden Christlichkeit der C-Parteien:

(...) In der Wahlkampfretorik der Parteien findet sich – von Ausnahmen abgesehen – kein Hinweis auf christlich begründete Positionen. Das „C“ ist in der politischen Rede und Argumentation sowie im politischen Bewusstsein der Mehrheit der der Politiker und der Bevölkerung fast bedeutungslos geworden.

Das hat Konsequenzen für Parteien und Kirchen. Anscheinend übersehen CDU/CSU, dass seit Jahren ehemalige, am „C“ orientierte Stammwähler nicht mehr zur Wahl gehen, ohne dass neue Wähler hinzugewonnen werden. Da genügt eben nicht, das „C“ durch ein vages „konservativ“ zu ersetzen – als sei das inhaltlich dasselbe. Warum sollten christlich orientierte Wähler sozial schwächerer Einkommensschichten CDU/CSU und nicht SPD oder Linke wählen, wenn keinerlei christliche Orientierung erkennbar wird?

Wenn das „C“ in der Öffentlichkeit irrelevant oder in „konservativ“ umgefälscht wird, ist dies aber vor allem ein großes Problem der Kirchen. Denn es heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass ihre Botschaft nicht richtig verstanden oder gar nicht (mehr) wahrgenommen wird. Das gilt auch für sogenannte Wahlhirtenbriefe. Dass die CDU/CSU ihr Alleinstellungsmerkmal aufgegeben hat, liegt auch daran, dass die Kirchen den Dialog mit Politik und Wähler vernachlässigt und es versäumt haben, klare Konturen zu zeichnen.

Ist es angesichts dieser Lage nicht längst an der Zeit, dass wenigstens die katholische Kirche sich – unabhängig von Wahlterminen – einmal grundsätzlich zur sozialetischen Gewissensbildung äußert? Nicht vorsichtige Mahnungen in alle politischen Richtungen, sondern nach klaren Grundsätzen und Prioritäten theologisch durchdachte Erklärungen sind geboten, die den faden Geschmack polischer Rhetorik durch das Salz christlichen Glauben korrigieren oder würzen. (...)

„Abendland in Christenhand“?

Das PUR-Magazin brachte in Heft 6/2009 die Predigt, mit der sich der Erzbischof von Wien, Christoph Kardinal Schönborn, an Christi Himmelfahrt im Stephansdon zu Wien gegen den politischen Missbrauch des Kreuzes wandte: bei der Europa-Wahl lautete eine Wahlkampfparole der sonst nicht durch Christlichkeit aufgefallenen FPÖ „Abendland in Christenhand“, und der FPÖ-Vorsitzende hatte mit einem hochgereckten Kreuzifix gegen ein islamisches Kulturzentrum demonstriert. U. a. sagte der Kardinal:

Die ausgespannten Arme Jesu am Kreuz sind das Zeichen einer alle Menschen annehmenden und an sich ziehenden Liebe. Dieses Zeichen darf daher auch nicht politisch missbraucht werden, quasi als Kampfsymbol gegen andere Religionen, gegen andere Menschen.

Ich wünsche mir ein Europa, das vom Christentum geprägt ist, aber von einem Christentum, das an Jesus Christus Maß nimmt (...).

Ich wünsche mir ein Abendland, das wirklich aus den christlichen Werten lebt. Das erfordert aber vor allem einen tiefen christlichen Glauben. Jesus lädt dazu ein. Der Glaube rettet, sagt er. Denn ohne das Vertrauen auf Gott, ohne den Glauben an ihn, sind wir orientierungslos, „rettungslos“.

Meine Frage ist nicht, ob das Abendland in Christenhand bleibt, sondern ob es Christus im Herzen hat. Ein glaubensloses Abendland, das ist zu fürchten. „Wer nicht glaubt, wird verdammt werden“ – ein sehr hartes, ein ernstes Wort Jesu. Wir können das Kapital des christlichen Glaubens in Europa verspielen. Wir können den Sinn und das Ziel unseres Lebens verfehlen. Jesu Ruf an uns ist deshalb: „Glaubt an Gott und glaubt an mich“. Glauben wir an seine Liebe – und vertrauen wir auf seine Liebe.

Defizite in der Verkündigung

Eine Beilage „Forum“ der katholischen Zeitung „Die Tagespost“ war dem Thema gewidmet, das durch die „Pius-Brüder/Bischof-Williamson-Affäre“ mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden war: der Deutung und Annahme des Zweiten Vatikanischen Konzils (DT, 30.5.2009; Dominikanerplatz 8, D-97074 Würzburg). In einem Interview über Art und Weise christlicher Mission in der heutigen Zeit wies Prof. Dr. Robert Spaemann auf Defizite in der Verkündigung hin:

(...) Man tut heute oft so, als wäre es die Kirche, in deren Macht es stünde zu entscheiden, ob es eine Hölle gibt oder nicht, und die nicht darauf verzichten will, mit der Predigt von der Hölle Angst zu machen. Dabei kann sie nur die Warnungen Jesu weitergeben und würde sich schwer schuldig machen, wenn sie die Gefahr verschwiege, in der wir alle stehen, die Gefahr, den Sinn unseres Daseins zu verpassen und ewig verloren zu gehen. „Rette uns vor dem ewigen Verderben“, so betet die Kirche in jeder heiligen Messe. Und wir gehen ewig verloren, wenn wir unseren eigenen Willen dem Willen Gottes vorziehen. So einfach ist das. Auf

diesem Hintergrund erst wird uns das überwältigende Geschenk der Umkehr und der Vergebung erfahrbar. Und das heißt auch: das überwältigende Geschenk des Bußsakramentes, in dem wir uns der Vergebung durch das Kreuz Christi und der Möglichkeit des immer neuen Anfanges vergewissern dürfen. Es ist unverantwortlich, den Menschen diese Wohltat zu verheimlichen und sie nicht dringlich dazu anzuhalten, diese Wohltat anzunehmen. Gar nicht zu reden davon, dass die heutige Verkündigung fast überall verschweigt, dass der Empfang der heiligen Kommunion ohne vorherige Beichte aller schweren Sünden ein Sakrileg ist, auf das das Wort des Apostels Paulus zutrifft: „Wer unwürdig isst und trinkt, der isst und trinkt sich das Gericht, weil er den Leib des Herrn nicht unterscheidet“. Wer schuld daran ist, dass dieser Satz in der „neuen Messe“ sowohl am Gründonnerstag als auch an Fronleichnam aus der Lesung gestrichen wurde, hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Die Kirche: Keine Komplizin der „Spaßgesellschaft“, sondern...

Im Wochenkommentar „Standpunkt“ der „Schweizerischen Katholischen Sonntagszeitung“ (11/2009) nahm P. Bernward Deneke FSSP die Stimmungsschwankungen der heutigen Gesellschaft in den Blick, und er zeigte die christliche Alternative zur „Spaßgesellschaft“:

(...) Zwar wurde und wird die Spaßgesellschaft gelegentlich durch spektakuläre Ereignisse, zuletzt die Bankenkrise, kurzzeitig in eine Angstgesellschaft verwandelt, denn Angst lauert ja unter der ach so lebenslustigen Oberfläche, stets bereit, zu gegebenem Anlass hervorbrechen. Doch die räumliche und zeitliche Entfernung von katastrophalen Einbrüchen wirkt sich lindernd aus: Solange man nur andere, nicht sich selbst gefährdet sieht, findet man die Ruhe leicht wieder, und ansonsten heilt ja die Zeit alle Wunden.

Welche Alternative hält der christliche Glaube dem Schaukeln zwischen Spaß- und Angstgesellschaft entgegen? Und was sollte die Kirche als wirksame Therapie verkündigen? Dass sie auf den Plan gerufen ist, und zwar nicht als Komplizin der Spaßgesellschaft, sondern als Kündlerin der Wahrheit und des Heils, das ist ja klar. Doch mit welcher Botschaft? (...)

Noch immer ist den Menschen kein anderer Name unter dem Himmel gegeben, in dem sie gerettet werden können, als der Name Jesus (vgl. Apg 4,12).

Daran wird sich auch zukünftig nichts ändern.

Weil sie realistisch ist, wendet sich die Kirche weniger an „die Gesellschaft“ als an den Einzelmenschen. Ihn ruft sie heraus aus dem alten Babylon in das neue Jerusalem. Sie fordert seine Abkehr von den Götzen, den „stummen“ (vgl. 1.Kor 12,2) ebenso wie den lautstarken, geschwätzigen, plärrenden. Damit der Mensch seine unterschwellige oder beklommend hervortretende Lebensangst besiege, heißt sie ihn das Tor zur Stadt Gottes durchschreiten. Über diesem steht zwar, nicht sehr einladend, geschrieben: „Umkehr und Buße“. Dahinter aber tut sich weit die Freiheit auf.

So ergibt sich die Forderung, die den Grundsätzen der Spaßgesellschaft entgegengesetzt ist: Vertausche den Spaß durch Umkehr und Buße, und du wirst anstelle der bisherigen Angst bleibende Freude empfangen! Menschen solcher Freiheit und Freude bilden die lebendigen Bausteine einer höheren Gemeinschaft, die nicht von unten, aus dem Begehren des Fleisches oder aus menschlichem Willen, sondern aus Gott stammt (vgl. Joh 1,13). Sie bleibt, wenn die Spaßgesellschaft schon längst unter den Trümmern ihrer einstürzenden Tempel begraben sein wird.

Was die Kirche braucht

„Die Tagespost“ brachte einen Vorabdruck aus einem Gesprächsbuch von Veit Neumann mit Erzbischof em. Karl Braun („Die Kreuzestreue des Priesters“, Fe-Medienverlag, Kisslegg 2009, ISBN 978-3-929684-49-7, 128 S.). Hier die Antwort des Erzbischofs auf die Frage, was die Kirche in der gegenwärtigen Krise brauche:

Die Kirche in unseren Tagen braucht nicht so sehr, was moderne Meinungsmacher und erfolgsorientierte Planungsstrategen raten. Dringend nötig hat die Kirche dagegen Christen, die die Transzendenz, das Übernatürliche in ihrem Denken und Handeln wieder stärker berücksichtigen, Christen, die nicht das als oberstes Maß setzen, was der Mensch wünscht und fordert, sondern was Gott verlangt und schenkt, Christen, die den Plan Gottes für ihr Leben entdecken, so auf festem Boden voranschreiten und anderen Stütze und Halt geben, Christen, die sich dessen bewusst sind, dass die bestgemeinten Anpassungen an die Erfordernisse der Zeit ohne Erfolg für die Kirche bleiben, wenn sie nicht von einer geistlichen Erneuerung durchdrungen werden. Kurz gesagt: Die Kirche zu Beginn des dritten Jahrtausends braucht Heilige.

Wolfgang F. Rothe: Liturgische Versöhnung – Ein kirchenrechtlicher Kommentar zum Motu proprio „Summorum Pontificum“ für Studium und Praxis, Dominus-Verlag 2009, ISBN 978-940879-06-6, 206 S., Euro 14,80

Wolfgang F. Rothe legt in seinem Buch das Motu proprio „Summorum Pontificum“ in lateinischer Sprache und deutscher Übersetzung vor und erörtert den Inhalt detailliert in allen für Bischöfe, Priester und Laien wichtigen Fragen, die die Zelebration und Mitfeier des außerordentlichen Gebrauchs der alten Form des Römischen Ritus betreffen. Dem Autor geht es um Genauigkeit im Text und in seinem Kommentar um das rechte Verständnis dieser Form der Liturgie. Er bestimmt das Verhältnis der beiden Ausdrucksformen des Römischen Ritus zueinander, und stellt dar, wer, wann, wo und unter welchen Voraussetzungen die „alte Messe“ feiern darf. Es wird bei der Lektüre auch deutlich, was nach Sicht des Autors an der „alten Messe“ nicht verändert werden kann und somit untrennbar mit



dem Usus verbunden bleiben sollte. Das für die katholische Kirche gültige Prinzip, so stellt es Rothe heraus, gilt auch in der Liturgie: Der Papst erweist sich „ungeachtet der Vielfalt liturgischer Traditionen, Riten und Bräuche – auch und gerade in der Liturgie – als das immerwährende, sichtbare Prinzip und Fundament für die Einheit der Vielheit von Bischöfen und Gläubigen in der Kirche.“ Damit gilt auch, dass keine Gemeinschaft in der Kirche Recht setzen kann, das ohne den Papst, das Prinzip und Fundament der Einheit der Kirche, Rechtskraft erhalte oder gar über dem Papst stünde. Vielleicht hätte man bei diesem kirchenrechtlich angelegten Buch, das ein sehr nützliches Stichwortverzeichnis enthält, vom Spirituellen her noch stärker betonen können, dass die Liturgie das Lebensprinzip der Kirche ist und die Feier der Liturgie dem Aufbau des Leibes Christi dient, dass sich also daraus ein Abgrenzen mittels der Liturgie oder gar ein Gegenüber einander verbietet.

Gerhard Stumpf

Stefan Meetschen: Europa ohne Christus? ISBN 978-3-939684-52-7, FE-Medienverlag GmbH, Hauptstr. 22, 88353 Kießlegg, S.98, Preis: 5,- Euro

Von einer Statistik, wie dem Bruttosozialprodukt, geht keine Faszination aus. Von Europa geht keine Idee mehr aus, die begeistert, weil es den Glauben an sich verloren hat. Wir erleben, wie Europa quantitativ wächst und neue Länder hinzukommen. Aber es bekommt in der Welt kein größeres Gewicht. Wird Europa am Ende „ein seelenloses Konstrukt von Kompetenzen, Prozessen und Strukturen“ (Christoph Böhr) sein? Stefan Meetschen geht in seinem Essay „Europa ohne Christus?“ dieser Frage nach.



Im Zentrum der Verfassungen Europäischer Staaten steht die unantastbare Würde des Menschen. Sie gründet sich auf die Gottebenbildlichkeit des Menschen. Wenn es aber Gott nicht gibt, oder er ohne Bedeutung für die Gesellschaft ist, steht die Würde des Menschen auf tönernen Füßen. Nun hat sich die Europäische Gemeinschaft von Gott verabschiedet. Jedenfalls war es bisher

nicht möglich den Gottesbezug im Verfassungstext der EU zu verankern. Stefan Meetschen verweist auf den jüdischen Gelehrten Joseph Weiler, Professor für Völkerrecht an der New York University. Er sieht im europäischen Laizismus eine aktive Feindseligkeit gegenüber der Religion, konkret gegenüber dem Christentum. Der Hass der Europäer auf die eigene vom Christentum geprägte Kultur nennt Stefan Meetschen Christianophobie. Der Autor identifiziert diese Christianophobie am Beispiel „öffentlich Gescholtener“ (Johannes Dyba, Rocco Buttiglione, Benedikt XVI.). Meetschen nennt die Bewegungen, zeigt die Methoden und die Themen auf, wo sich diese Christianophobie heute austobt.

Im Schlusskapitel gibt der Autor die Strategien an, die denen auf beruflicher spiritueller und privater Ebene zur Verfügung stehen, die den Kampf für ein christlich geprägtes Europa noch nicht aufgegeben haben. Meetschen bringt viele, scheinbar isolierte Vorkommnisse in einen größeren Verstehenszusammenhang.

Hubert Gindert

Manfred Hauke (Hg.): „Maria als Patronin Europas“ – Geschichtliche Besinnung und Vorschläge für die Zukunft, ISBN: 978-3-7917-2187-3, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, Mariologische Studien, Bd. XX, S. 280, Preis: 29,90 Euro (D), 30,80 Euro (A), 50,90 sFr.

Unter dem Titel „Maria als Patronin Europas“ fasst der Herausgeber verschiedene „mariologische Studien“ zusammen, die von „Maria als Schutzpatronin des Byzantinischen Reiches“ bis zu „Maria und die Zukunft Europas“, also bis in unsere Zeit hineinreichen. Die geschichtliche



Rückbesinnung umfasst Byzanz, das Mittelalter mit der Zeit der Ottonen- und Salierherrscher, die Wittelsbacher in der Frühen Neuzeit. Sie greift mit den Muttergotteserscheinungen in Guadalupe über Europa hinaus, um mit den Überlegungen zur christlichen Identität Europas und zur Neuevangelisierung wieder den Bogen zum Jetzt zurückzuschlagen. „Geschichtliche Besinnung und Vorschläge für die Zukunft“ bilden ein Mosaik, das selbst den „Patronatsgedanken auf europäischen Marienmünzen“ und „Überlegungen zur Europaflagge“ einschließt. Empfehlenswert.

Hubert Gindert

Paul Badde fragt mit Recht und fast verzweifelt, warum das Wunder von Guadalupe noch nicht in das Bewusstsein der Europäer gedrungen ist. Denkbare Ursachen sind:

Der moderne Europäer, ob gläubig oder nicht, macht seine Bereitschaft, etwas außerhalb des üblicherweise sinnlich Erfahrbaren für wahr zu halten, von schwer erfüllbaren Bedingungen abhängig. Die Ereignisse müssen möglichst gegenwärtig stattfinden. Sie sollten auch bereits die Hürde einer interessierten Öffentlichkeit genommen haben, also durch wohlwollende Schlagzeilen eines Massenmediums geadelt worden sein. Idealerweise hat bereits eine gewisse Prüfung auf Authentizität stattgefunden. Sendungen wie „Galileo Mystery“ bedienen zur Zeit dahingehende Bedürfnisse.

Überlieferte Wunder mit christlichem Hintergrund, die, anders als Guadalupe, nicht gegenständlich in die Gegenwart fortwirken, haben es da besonders schwer, freilich zu Unrecht:

Achtbare Disziplinen wie die Geschichts- und Rechtswissenschaften akzeptieren seit jeher Personenaussagen als Beweis für Geschehensabläufe, wenn es weder Gegenbeweise noch Glaubwürdigkeitsdefizite gibt. So gesehen ist etwa das leere Grab Jesu, worauf auch Papst Benedikt XVI. Ostern 2009 hinwies, geschichtliche Realität, nicht etwa Mythos. In einer Berichterstattung wären also etwa Faktizität leugnende Worte wie „soll“ oder „angeblich“ nicht korrekt. Gleiches gilt für die Erscheinungen des verklärten Jesus. Es gab zu viele unverdächtige Zeugen, und es gibt bis heute keine Anhaltspunkte für Wahrnehmungsstörungen, die einer Prüfung auf medizinische oder statistische Wahrscheinlichkeit standhielten. Die oft bemühten Halluzinationen sind nicht ansteckend, um ein Beispiel zu nennen.

Die Glaubwürdigkeitsanforderungen steigen verständlicherweise, sobald das Bezeugte anerkannten naturwissenschaftlichen Gesetzen widerspricht. Der „Glaube“ nimmt hier gegenüber dem Wissen überdurchschnittlich an Bedeutung für Überzeugungsbildung zu, je mehr Zeit seit dem Ereignis verstrichen ist. Wir sind eben nicht in der Situation der Jünger. Doch sind „Leichtgläubige“ auch hier nicht ganz allein gelassen. Denn nun kommen diejenigen Wunder

ins Spiel, die, um mit Badde zu sprechen, in die Gegenwart „fortdauern“. Sie sind aktuell gegenständlich erfassbar, jeder Mensch kann sie Augenschein nehmen und die wissenschaftlichen Expertisen studieren. Dazu gehören etwa „Guadalupe“ und das Hostienwunder in Lanciano.

Doch der moderne europäische Mensch – spätestens hier versteht man Baddes Kummer – zweifelt noch unbeherrschbar als seinerzeit der ungläubige Thomas und verschließt sich der Information. Er möchte das zugängliche Beweismaterial nicht einmal prüfen. Warum nicht?

Die Ungeheuerlichkeit der offenbarten Botschaft kann innere Widerstände erzeugen: Wer nicht an das von Jesus Christus Offenbarte glauben möchte, wird konsequenterweise bestätigende Wunder leugnen müssen. Wer glaubt, aber Furcht hat, seine Sinne dem ungewohnt Mystischen auszusetzen, wird sich ähnlich verhalten. Wer hingegen Agnostiker ist und sich jedenfalls darin sicher ist, Übersinnliches prinzipiell zu verneinen, macht es sich in scheinrationalen Erklärungen des Wunderlichen bequem. Er muss sich allerdings vorhalten lassen, zu Widerlegungen Zuflucht zu nehmen, die ihrerseits Unvereinbarkeiten mit Naturgesetzen und statistischen Erfahrungssätzen implizieren.

Der gläubige Zweifler kann sich nicht auf der begründeten Skepsis der Kirche gegenüber Privatoffenbarungen ausruhen, wenn es um die äußeren Umstände des Wunders geht. Frei steht es zwar jedem, an den Inhalt des Offenbarten zu glauben (KKK 1993, S. 64.). Ist aber das äußere Geschehen, also das eigentliche Wunder, als solches bewiesen, ja wirkt es sogar fort wie der Fotoabdruck auf dem Mantel von Juan Diego aus dem Jahre 1531 oder das seit dem 8. Jahrhundert nicht verwesene Fleisch der Lanciano-Hostie), obliegt dem Zweifler die Darlegungslast für eine naturgesetzkonforme Erklärung – nicht umgekehrt.

Die Naturgesetze sind Schöpfung und geben uns ein existenziell wichtiges Ordnungsgefühl. Sie banden aber weder Gottes Sohn damals, und sie binden, wie es Kardinal Ratzinger 2000 im Interview mit Peter Seewald mit einem Schuss seines feinen Humors ausdrückte („Gott und die Welt“, Neuausgabe 2005, S. 67),

Gott auch heute nicht. Ob man hier dramatisch von einem „Durchbrechen“ der Naturgesetze sprechen sollte oder diese, systemimmanenter, als von vornherein nur als mit einer Art „Wunder-Vorbehalt“ gültig betrachtet (vgl. Ratzinger a.a.O.), ist wieder jedem selbst überlassen.

Die Offenkundigkeit naturgesetzlich nicht erklärbarer Geschehen im Verlauf der Jahrhunderte muss Folgen für das Auftreten der Kirche in der modernen Gesellschaft haben. Dabei geht es natürlich nicht um Entschlüsselungsversuche oder gar Modifikationen der kanonisierten Offenbarung. Es geht schlicht um mehr Ernst und gegebenenfalls Ehrfurcht gegenüber einer für jeden Menschen sinnlich erfahrbaren Realität, die den aktuellen wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten trotzt. Denn auch nicht-innovatives Geoffenbartes verdient Aufmerksamkeit. Es geht um mehr Bereitschaft, das Wunder als wichtige, vermittelnde Komponente in der Dichotomie „Glaube und Vernunft“ zu sehen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Kirchliche Würdenträger dürfen diese Ereignisse folglich ohne Scham erklären, sie sollten sie sogar offensiv und möglichst mit Hinweisen auf zitierfähige Untersuchungsberichte gerüstet, referieren. Als Bestandteil konkreter Aufklärung könnten Beziehungen zu Medien wie „Pro 7“ mit seiner Galileo-Mystery-Sendung genutzt werden, statt der gewohnten Verschwörungs-Esoterik und Zauberkünstlerei auch christliche Wunder zur Aufbereitung anzuempfehlen. Hier mag evtl. Paul Badde doch einmal sein Glück versuchen. Ferner könnte die Deutsche Forschungsgemeinschaft in einer Aufsehen erregenden Aktion als renommierteste Wahrerin naturwissenschaftlicher Gütesiegel auf fortdauernde Wunder wie „Guadalupe „angesetzt“ werden.

Für Jesu Offenbarung spielten Wunder als begleitendes „Medium“ eine zentrale Rolle, nämlich als Hilfe für Schwachgläubige und Chance für Nichtgläubige (bei Johannes heißt es verständnisvoll: „Wenn ihr nicht Zeichen und Wunder seht, glaubt ihr nicht“ [4,48]), nicht aber für sich prinzipiell verschließende Herzen („Wenn sie auf Mose und die Propheten nicht hören, werden sie sich auch nicht überzeugen lassen, wenn einer von den Toten aufersteht“ [16, 31]). Versuchen lässt sich der Herr nicht.

Dr. Dieter Floren

Veranstaltungen der Initiativkreise – Aktionsgemeinschaften:

Augsburg: 19.07.2009, Kirchfahrt nach Altomünster, Obermauerbach und Umgebung; 14.00 Uhr Treffpunkt vor der Kirche in Untermauerbach; Fußweg (Ro.kr.gebet) zur Kapelle nach Obermauerbach; Besuch der Kirche in Altomünster; Hinweise: 08191-22687

Bamberg: 18.07.2009, Wallfahrt nach Abenberg zur seligen Stilla; von 7.30 Uhr bis 20.30 Uhr, Hinweise: 0951-39016

Kardinal-von-Galen-Kreis, Münster: 07.07.2009, 16.30 Uhr, Pfarrer-Eltrop-Heim, Professor Dr. Joachim Kuropka: (Fast) vier Jahre nach der Seligsprechung: Clemens August Graf von Galen in der wissenschaftlichen Diskussion. Zuvor 16.00 Uhr, Andacht in Herz-Jesu, Münster; Hinweise: 02563-905246

Einkehrwochenende NOVA MILITIA und AKG Essen 11.07.2009, 10.00 Uhr, Bochumer Zisterzienserkloster; Geistlicher Begleiter: Pfarrer Markus Leber; Hinweise: 0201-538692

**Wir bitten um
Spenden für den**

**DER
FELS**

Katholisches Wort in die Zeit

www.der-fels.de

Anschriften der Autoren dieses Heftes

- Raymund Fobes
Zillenweg 8, 85051 Ingolstadt
- Maradiaga: KIRCHE IN NOT
Lorenzonistr. 62, 81545 München
- Martine und Nathanael Liminski
Neckarstr. 13, 53757 St. Augustin
- Dekan Alois Möstl
Bischof-Wittmann-Str. 24a
93051 Regensburg
- Prof. Dr. Lothar Roos
Kollegium Albertinum
Adenauer Allee 19, 53111 Bonn
- Dr. Eduard Werner
Römerweg 3 A, 82346 Andechs

Messfeiern nach dem Motu Proprio „Summorum Pontificum“
siehe Heft 1/2009, S. 29

Sühnenacht Sühneanbetung

Klotten: 13.07.2009, St. Maximinus, Fatimabetsabend, Beginn 19.00 Uhr, mit Ro.kr. und Beichte, Lichterprozession, feierl. Hochamt; Hinweise: 02671-3391

Nächtliche Anbetung in Oberhaid: 11./12.07.2009, 19.30 Uhr, Anbetung, Beichtgel., 21.00 Uhr, hl. Amt zu Ehren der Mutter Gottes, 24.00 Uhr. Lat. Choralamt, Ende ca 2.00 Uhr

Wietmarschen: 04.07.2009, 15.30 Uhr Ro.kr. andacht i. St. Matthiasstift, anschl. hl. Messe in der Wallfahrtskirche; Hinweise: 05921-15291

21. Internationale Theologische Sommerakademie in Aigen

31.08.2009 - 02.09.2009, in Aigen i.M., Österreich, Vereinshaus;
Thema: Glaubenskrise und Seelsorge. Wie geht es mit der Seelsorge weiter?

U.a. werden erwartet:
der Erzbischof von Lemberg, Mi-czyslaw Mokrzycki, die Bischöfe von Chur und Feldkirch, Vitus Huonder und Elmar Fischer, und namhafte Theologen und erfahrene Seelsorger.

Programm und Informationen:
Linzer Priesterkreis, Am Südhang 1, A-4133 Niederkappel oder
www.theol-sommerakademie.com

Gebetsmeinung des Hl. Vaters im Juli 2009



1. dass die Christen im Nahen Osten ihren Glauben in Freiheit leben und Vermittler von Versöhnung und Frieden sein können.

2. dass das Zeugnis der Gläubigen für die weltweit eine Familie Gottes Saat und Nährboden einer versöhnten Menschheit wird.

DER FELS - Katholische Monatsschrift. Gegründet 1970 von Pater Gerhard Hermes SAC

Verlag: Der Fels-Verein e.V.

Herausgeber: Der Fels-Verein e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Hubert Gindert

Redaktion: Eichendorffstr. 17, D-86916 Kaufering, Tel.: 08191/966744, Fax: 08191/966743, e-mail: Redaktion: Hubert.Gindert@der-fels.de Bestellung: Renate.Gindert@der-fels.de

Verlagsleitung: ebendort, Grafik und Layout: Renate Gindert, Bernau;

Druck: Mayer & Söhne, Druck und Mediengruppe GmbH, 86551 Aichach

DER FELS erscheint monatlich im Umfang von 32 Seiten.

Bestellung: An den Fels-Verein e.V., Postfach 1116, D-86912 Kaufering

Einzahlung Deutschland: Konto Fels e.V.;

Landsberg-Ammersee Bank eG, KontoNr.: 514 75 22, BLZ: 700 916 00;

Postbank München, KontoNr.: 903 166 809, BLZ 700 100 80

Österreich: Bestellungen wie oben, Landeshypothekenbank Salzburg, Fels e.V.,

Konto Nr.: 2 493 378, BLZ: 55 000;

Schweiz: Bestellungen wie oben, Post Finance, Der Fels e.V.,

Konto Nr.: 60-377132-6, (Ausland) IBAN: CH80 0900 0000 6037 7132 6; BIC: POFICHBEXXX

Für übrige EU-Länder: Wer Spenden auf unser Konto überweisen möchte, kann dies zu Inlandsgebühren erledigen, wenn er bei der Überweisung anstelle der Kontonummer die IBAN (=Internationale Kontonummer) DE 46 7009 1600 0005 1475 22 und anstelle der Bankleitzahl die BIC (Identifikation des Kreditinstitutes) GENODEF1DSS angibt.

Leo Kuchar – ein Priester aus dem Untergrund

Im Jahr 1989 fegte ein so gewaltiger Herbststurm über die kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa, dass bis dahin unüberwindliche Gefängnismauern zerfielen und die unschuldig Gefangenen in die Freiheit hinaus-treten konnten. Damit war nach dem Nationalsozialismus nun auch der Kommunismus, die zweite gottlose und Menschen verachtende Ideologie, zusammengebrochen. Zum Vorschein kam ein Netzwerk von heimlich geweihten Priestern, die täglich unter Lebensgefahr die heilige Messe gefeiert und den Gläubigen heimlich die Sakramente gespendet hatten.

Einer dieser heimlichen Priester war der tschechische Jude Leo Kuchar aus Brünn. Als Schüler war er noch ein kämpferischer Atheist. Als aber 1939 die nationalsozialistische Judenverfolgung näher kam, änderte sich die Situation. Die Mutter beugte sich dem Druck der neuen Polizei und ließ sich scheiden, weil sie als Jüdin ihren nichtjüdischen Ehemann und vor allem ihre beiden Söhne nicht gefährden wollte. Sie opferte sich für ihre Familie und ging in das Vernichtungslager Sobibor in Polen, wo sie ermordet wurde. Trotzdem wurden ihre beiden Söhne als Halbjuden zum Bau von Munitionsbunkern in ein KZ ähnliches Arbeitslager verschleppt, und das mit dem Aufdruck in den Dokumenten „RU“. Das hieß „Rückkehr unerwünscht“. Der jüngere Sohn Leo war inzwischen getauft und ein gläubiger Katholik geworden. Er litt sehr darunter, dass er in dem streng abgeschirmten Lager keinen Gottesdienst besuchen konnte. Als er einmal in der Ferne einen Kirchturm erblickte, ent-

brannte in ihm der Wunsch nach der hl. Kommunion so sehr, dass er die Absperrungen überwand, den stundenlangen Fußmarsch zu dieser Kirche riskierte und sich dort zum Pfarrer durchfragte, um die hl. Kommunion zu empfangen. Erstaunlicherweise gelang es ihm auch, den Rückweg unbemerkt zurückzulegen, obwohl Wachposten aufgestellt waren, die sofort scharf schießen mussten, wenn sich dort jemand unerlaubt bewegte. In diesem Lager erlebte Leo 1945 das Ende des Krieges und damit die erste Befreiung von einer Diktatur. Doch die Freiheit währte nicht lange.

Leo Kuchar trat in ein Brüner Eucharistiner-Kloster ein und begann als Mönch, Theologie zu studieren. Da wurden im April 1950 von der kommunistischen Regierung in Prag über Nacht alle Klöster aufgehoben und die Mönche vertrieben. Leo Kuchar wurde zum Röntgenassistenten ausgebildet und einer Klinik zugewiesen. In seiner Freizeit bereitete er sich heimlich auf die Priesterweihe vor. Wenn seine religiösen Absichten von der Polizei entdeckt worden wären, so wäre er zumindest in ein Strafarbeitslager eingewiesen oder sogar als Staatsfeind erschossen worden. Als Briefmarkensammler getarnt meldete er chiffriert den Fortgang seines Studiums nach Rom und bat ebenfalls chiffriert um die Erlaubnis, zum Priester geweiht zu werden. Da in der damaligen Tschechoslowakei kein romtreuer Bischof frei leben und arbeiten durfte, musste Leo einen Vorwand für eine Reise nach Polen finden, um dort heimlich geweiht zu werden. Nach einigen Hindernissen gelang dies auch.



*Drei Priester im Untergrund.
Links Pater Leo Kuchar als Röntgenassistent*

Zurück in der Tschechoslowakei, war er neben seinem Beruf im Untergrund als Seelsorger tätig. Schließlich wurde der Polizei von einem abgefallenen Priester verraten, dass der Röntgenassistent Kuchar Priester sei und dieses Amt heimlich ausübe. Daraufhin wurde Kuchar beschattet. Offenbar wollte die Polizei noch Kontaktpersonen ausspähen. Dann folgten peinliche Verhöre. Bevor die Staatsmacht zuschlagen konnte, kam der neue Regierungschef Dubcek und mit ihm der Prager Frühling. Die bereits enttarnten Priester konnten nach Österreich fliehen, bevor im August 1968 sowjetrussische Panzer den Freiheitswillen der Tschechen und Slowaken erneut erstickten. Erst 1989 zerfielen die kommunistischen Diktaturen endgültig. Den Priester Leo Kuchar hat in all diesen Jahren eine unsichtbare Hand durch alle Gefahren geführt. Während er jetzt in einem Anbetungskloster in Wien hingebungsvoll betet, vergessen die meisten Menschen Europas den Herrgott.
Eduard Werner